

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Peter Hürner, Hans Kohler,
Herbert Kridde, Gerhard Kühlewind, Lutz Reyher, Eugen
Spitznagel, Ragna Zeit-Wolfram

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland
1978

11. Jg./1978

1

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104 zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30. Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309. ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten: Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1978 (insgesamt und regional)

– Entwicklung, Strukturprobleme, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen –

Autorengemeinschaft*

Im Jahre 1977 blieb die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland (reales Bruttoinlandsprodukt + 2,6 %/o) beträchtlich hinter dem zurück, was vor Jahresfrist allgemein erwartet worden war. Die Auslastungsrate des potentiellen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens verharrte mit 91% (Höchstauslastung 1970: 98,3%) auf dem Niveau des Vorjahres, die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging nur geringfügig (-30000 Personen) auf 1,030 Millionen Personen zurück, die Stille Reserve stieg weiterhin leicht an auf rund 670 000 Personen.

In einem Alternativentableau für das Jahr 1978 wird dargestellt, wie sich unterschiedliche Wachstumsraten der Produktion auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auswirken würden. Im Mittelpunkt steht die Variante, die vom Sozialproduktswachstum her gesehen heute weithin für die wahrscheinlichste gehalten wird (+ 3,5%/o). Sie bedeutet, daß die Auslastungsrate des potentiellen Arbeitsvolumens sich im Jahresdurchschnitt 1978 nur unwesentlich verbessern würde, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen immer noch in der Größenordnung von einer Million verharren würde und die Zahl der Erwerbstätigen nur geringfügig anstiege.

Im günstigen Falle eines etwas rascheren Wirtschaftswachstums (+4,5%) und zugleich beschleunigter Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit – z. B. durch zusätzliche tarifliche Vereinbarungen und Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung – ließe sich allerdings ein beträchtlicher Rückgang der Zahl registrierter Arbeitsloser auf wenig mehr als 800 000 Personen im Jahresdurchschnitt erreichen.

In einem gesonderten Abschnitt werden die Auswirkungen dargestellt, die von den verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Bemühungen der Bundesanstalt und der Gebietskörperschaften ausgegangen sind (Entlastung der Arbeitslosigkeit 1977 um 169000 Personen, 1978 voraussichtlich um 187000 Personen). Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß für eine Ausweitung dieser offenkundig den Arbeitsmarkt beträchtlich entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen noch erhebliche Spielräume bestehen, wenngleich hiermit auch nicht das Gesamtproblem zu lösen ist. Dazu bedarf es zusätzlicher Wachstumsimpulse.

Im Zusammenhang mit der breiten öffentlichen Diskussion über die Gründe und über das Ausmaß der gegenwärtigen Unterbeschäftigung wird abschließend auf eine Reihe von empirischen Befunden verwiesen, die es nahelegen, daß entgegen verbreiteten Vorstellungen das Hauptproblem des Arbeitsmarktes gegenwärtig ein Defizit an angebotenen Arbeitsplätzen ist, strukturelle und friktionelle Probleme also eher eine untergeordnete Rolle spielen.

Gliederung

1. Einleitung
2. Die Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1978
 - 2.1 Das Angebot an Arbeitskräften
 - 2.2 Die Nachfrage nach Arbeitskräften
 - 2.3 Die Arbeitsmarktbilanz
 - 2.4 Die Auslastung des potentiellen Arbeitsvolumens
 - 2.5 Alternative Arbeitsmarktentwicklungen
3. Die Arbeitsmarktentwicklung nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern
4. Der Entlastungseffekt arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen
 - 4.1 Kurzarbeit
 - 4.2 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)
 - 4.3 Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung (FuU)
5. Zur Diskussion um Niveau und Struktur der Arbeitslosigkeit
 - 5.1 Produktionsbehinderung wegen Arbeitskräftemangel
 - 5.2 Zahl der Offenen Stellen und Einschaltungsgrad der Arbeitsverwaltung
 - 5.3 Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen und Offenen Stellen
 - 5.4 Mobilität der Arbeitslosen
 - 5.5 „Freiwillige“ Arbeitslosigkeit
 - 5.6 Teilzeitarbeit
 - 5.7 „Strukturalisierung“ der Arbeitslosigkeit
 - 5.8 Zur Stillen Reserve

1. Einleitung

Im Jahre 1977 blieb die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland beträchtlich hinter dem zurück, was vor Jahresfrist allgemein erwartet worden war. Gerechnet hatte man fast einstimmig mit einer Zuwachsrate des realen Sozialprodukts um etwa 5%, realisiert wurde nur eine Vergrößerung um etwa halb so

* Hans-Uwe Bach, Christian Brinkmann, Peter Hürner, Hans Kohler, Herbert Kridde, Gerhard Kühlewind, Lutz Reyher, Eugen Spitznagel, Ragna Zeit-Wolfram sind Mitarbeiter im IAB. Der Beitrag liegt in der alleinigen Verantwortung der Autoren.
Redaktionsschluß: 15. 1. 1978.

viel. Diese Wachstumsabschwächung – im Jahr davor war die gesamtwirtschaftliche Produktion real noch um 5,6 % gestiegen – schlug sich sichtbar auch in den Arbeitsmarkteckdaten nieder:

- Das gesamtwirtschaftliche effektive Arbeitsvolumen ging – bei einer Verringerung des Produktivitätsanstiegs je geleistete Arbeitsstunde auf eine Rate von knapp 4 % – um mehr als 1 % zurück,
- die Zahl der Erwerbstätigen blieb um 0,3 % bzw. rund 80 000 Personen unter dem Vorjahreswert,
- die jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen sank um knapp 1 % auf 1837 Stunden,
- die Auslastungsrate des potentiellen gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens verharrte mit 91 % (Höchstauslastung 1970: 98,3%) auf dem Niveau des Vorjahres,
- die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging nur geringfügig (- 30 000 Personen) auf 1,030 Millionen Personen zurück, die Stille Reserve stieg weiterhin leicht an auf rund 670 000 Personen.

Diese Entwicklung des Arbeitsmarktes entspricht – mit nur geringfügigen Abweichungen – dem, was wir hier vor Jahresfrist für den Fall eines derart schwachen Wirtschaftswachstums vorausgeschätzt hatten (Variante I des Alternativtableaus des IAB für 1977)¹⁾. Das bedeutet zugleich, daß die in den vergangenen 15 bis 20 Jahren beobachteten Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung (bei jeweiliger Potentialentwicklung) unverändert weiter gelten: Von einer „Entkoppelung“ zwischen beiden kann also nicht die Rede sein.

Besonderer Betonung bedarf auch die Tatsache, daß die Rückwanderung von Ausländern selbst in einer Zeit derart schwacher Gesamtentwicklung immer mehr abgenommen hat, daß also der nun erreichte Bestand von rund 2,15 Millionen ausländischer Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland (Höchstzahl 1973: 2,57 Millionen) als eine nur geringfügig veränderliche Größe in die Arbeitsmarktkalküle der nächsten Jahre einzugehen hat. Das bedeutet wiederum, daß der nun von Jahr zu Jahr auf längere Zeit immer spürbarer werdende Anstieg des deutschen Erwerbspersonenpotentials keinen Ausgleich in weiteren nennenswerten Abwanderungen von Ausländern mehr finden wird. Das im Inland insgesamt verfügbare Potential wird deshalb im Jahre 1978 erstmalig absolut zunehmen.

Für die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt sind freilich die *Entwicklungstendenzen* während des Jahres 1977 wichtiger noch als die durchschnittlichen Jahreswerte. Allerdings sind sie gerade in jüngster Zeit nicht eindeutig erkennbar. Offenbar hat sich die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung in der ersten Jahreshälfte 1977 günstiger entwickelt als in der Zeit danach. Auch liegt die Zahl der registrierten Arbeitslosen seit der Jahresmitte wieder über der des Vorjahres. Um die Jahreswende läßt sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit – zur Beschäftigungssituation liegen keine neueren Daten vor – wieder schwerer beurteilen. Es ist nicht eindeutig zu erkennen, ob die etwas günstigere Entwicklung im Dezember und im Januar andere Erklärungen finden wird als die einer relativ günstigen Witterung. Für einen abrupten Tendenzwandel in der Gesamtentwicklung spricht nur wenig.

1) Vgl. Autorenngemeinschaft, Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1977 (insgesamt und regional) und die Auswirkungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, in: MittAB 1/1977, S. 1 ff.

Für 1978 schätzen gegenwärtig empirische Wirtschaftsforschungsinstitute, andere politikberatende Instanzen wie Sachverständigenrat, die Bundesbank und auch die Bundesregierung fast übereinstimmend ein Wachstumstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion von real 3,5 % voraus. Die mehr oder weniger ausgesprochenen Voraussetzungen all dieser Prognosen lassen dabei jedoch in den Wachstumserwartungen einen Spielraum nach oben wie nach unten zu.

Nur mit beträchtlicher Unsicherheit läßt sich einmal die weltwirtschaftliche Entwicklung und damit also die Entwicklung des Welthandels abschätzen. Insbesondere ist nicht abzusehen, in welchem Maße protektionistische Tendenzen sich im Falle einer ungünstigen Gesamtentwicklung durchsetzen könnten. Kaum geringer ist die Unsicherheit über die Entwicklung wichtiger Teile der inländischen Nachfragegrößen. Dies gilt vor allem für das Haushaltsgebaren von Ländern und Gemeinden und die Investitionsausgaben der Wirtschaft.

Wir haben versucht, in einem leicht überschaubaren Alternativtableau unter den Arbeitsmarktbedingungen 1978 darzustellen, wie sich unterschiedliche Wachstumsraten der Produktion auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auswirken würden. Im Mittelpunkt dieses Tableaus denkbarer Entwicklungslinien steht die Variante, die vom Sozialproduktwachstum her gesehen heute weithin für die wahrscheinlichste gehalten wird (+ 3,5 %). Sie bedeutet, daß die Auslastungsrate des potentiellen Arbeitsvolumens sich im Jahresdurchschnitt 1978 nur unwesentlich verbessern würde, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen immer noch in der Größenordnung von einer Million verharren würde und die Zahl der Erwerbstätigen nur geringfügig ansteige.

Um diese mittlere Variante herum haben wir mögliche Alternativen aufgezeigt, die sich hiervon sowohl im Hinblick auf die Wachstumsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion wie auch im Hinblick auf die Veränderung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen unterscheiden. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß das reale Wachstum etwas schwächer (+ 2,5 %) oder etwas stärker (+ 4,5%) ausfallen könnte und daß die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen ebenfalls – je nach Entwicklung von Überstunden, Kurzarbeit und anderen arbeitszeitorientierten Vereinbarungen und Maßnahmen – schwächer oder stärker zurückgehen mag (- 0,5 % bis - 1,5 %). Die Übersicht 4 zeigt, daß die Risiken und Chancen für die Entwicklung der Zahl registrierter Arbeitsloser selbst innerhalb dieses hier zugrunde gelegten Korridors für die Entwicklung von Produktion und Arbeitszeit schon beträchtlich auseinanderklaffen. Im günstigen Falle eines etwas rascheren Wirtschaftswachstums und zugleich beschleunigter Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit – z. B. durch zusätzliche tarifliche Vereinbarungen und Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung – ließe sich ein beträchtlicher Rückgang der Zahl registrierter Arbeitsloser auf wenig mehr als 800 000 Personen im Jahresdurchschnitt erreichen. Die unterlegten Annahmen einer derart optimistischen Einschätzung sind keineswegs unrealistisch. Vorstellbar ist durchaus, daß selbst bei einem derart rascheren Wirtschaftswachstum gezielte Maßnahmen zu einer etwas stärkeren Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit durchgesetzt werden.

Im Abschnitt 3 versuchen wir in groben Zügen die regionale Differenzierung der Arbeitsmarktentwicklung 1978

für Landesarbeitsamtsbezirke und Bundesländer aufzuzeigen. Wie der Vergleich zwischen der regionalen Strukturprognose von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit für 1977 mit den nun vorliegenden Ist-Ergebnissen zeigt, lassen sich trotz aller methodischer Einschränkungen und im Hinblick auf die noch immer unzureichende Datenlage hier bereits recht realistische Vorausschätzungen machen. Dennoch ist wiederholt darauf hinzuweisen, daß die Ansprüche an derartige Regionalprognosen nicht überspannt werden dürfen.

Im Abschnitt 4 stellen wir die Auswirkungen dar, die von den verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Bemühungen der Bundesanstalt und der Gebietskörperschaften ausgegangen sind. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, daß für eine Ausweitung dieser offenkundig den Arbeitsmarkt beträchtlich entlastenden arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen noch erhebliche Spielräume bestehen, wengleich hiermit auch nicht das Gesamtproblem zu lösen ist. Dazu bedarf es zusätzlicher Wachstumsimpulse.

Die breite öffentliche Diskussion über die Gründe und über das Ausmaß der gegenwärtigen Unterbeschäftigung wie auch über die Möglichkeiten, ihrer Herr zu werden, geht unserer Einschätzung nach verbreitet und auch zunehmend an den empirischen Befunden der Arbeitsmarktforschung vorbei. Im Abschnitt 5 werden deshalb Tatbestände und Zusammenhänge aufgezeigt, die zur Beurteilung der gegenwärtigen Beschäftigungslage zur Kenntnis genommen werden müssen. Dabei können wir in verschiedener Hinsicht auf die Ergebnisse repräsentativer Unternehmensbefragungen zurückgreifen, die wir teils in früheren Jahren, teils aber auch in jüngster Zeit gewonnen haben. Eine weitere Quelle für wesentliche Erkenntnisfortschritte in dieser Beziehung ist daneben eine breit angelegte empirische Erhebung über die Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit wie auch speziell über die effektive und potentielle Mobilität der Arbeitslosen.

2. Die Arbeitsmarktentwicklung im Jahre 1978

2.1 Das Angebot an Arbeitskräften

Für das Jahr 1978 ist gegenüber dem Vorjahr mit einem Zuwachs der deutschen Einwohner im Alter von mehr als 14 Jahren um rund 270 000 Personen (+ 0,6 ‰) zu rechnen. Das *deutsche Erwerbspersonenpotential* steigt 1978

2) Vgl. Tab. 1 im Anhang.

3) Deutsche Erwerbspersonen bezogen auf die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren.

4) Zur Problematik vorgezogener Verrentungen nach einem Jahr Arbeitslosigkeit und Erreichen des 60. Lebensjahres vgl. Abschnitt 5.8 (Stille Reserve) und 5.5 (Freiwillige Arbeitslosigkeit). Hierbei handelt es sich um den — reversiblen — Aufbau von Stillen Reserven, nicht um einen Potentialrückgang.

5) Für die USA vgl. Sum, A. M., „Female Labor force participation: Why projections have been too low“, Monthly Labour Review, July 1977.

6) Vgl. Tab. 2 im Anhang.

7) Zur langfristigen Entwicklung des deutschen Erwerbspersonenpotentials vgl. Kühlewind, G., Thon, M., „Projektion des deutschen Erwerbspersonenpotentials für den Zeitraum 1975—1990“, in: MittAB 2/1976.

8) Stand Ende September 1977.

9) Stand I. Vierteljahr 1977.

10) Bezogen auf die Wohnbevölkerung über 14 Jahre. Bei den damaligen Arbeitsmarktverhältnissen konnte die effektive mit der potentiellen Erwerbsquote gleichgesetzt werden. Die folgenden Berechnungen beziehen sich auf alle in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer (d. h. sowohl aus den sog. „Anwerbeländern“ als auch aus den übrigen Ländern) und lassen die in den Heimatländern verbliebenen Angehörigen außer Betracht.

11) Da Aufgliederungen der ausländischen Wohnbevölkerung nach Alter und Geschlecht nur bis 1975 vorliegen, kann es sich hier lediglich um einen groben Versuch handeln, eine „demographische Komponente“ auch bei Ausländern zu errechnen.

12) Diese sehr zurückhaltende Potentialschätzung bedeutet, daß die in Übersicht 2 ausgewiesenen Stillen Reserven bei Ausländern eher als Untergrenze aufzufassen sind.

gegenüber dem Vorjahr um rund 60 000 auf 24,65 Mio. Personen an.²⁾

Der Anstieg fällt deshalb nicht hoher aus, weil die Potentialerwerbsquote³⁾ weiterhin abnimmt (- 0,18%-Punkte auf 53,14 o/o).

Ausschlaggebend hierfür sind die weiter zunehmende Verlängerung der Bildungsdauer (Ausweitung des 10. Schuljahres u. a.) und die trendmäßige Abnahme der Alterserwerbstätigkeit.⁴⁾ Gegenläufig wirkt auch weiterhin — wie in anderen vergleichbaren Industriestaaten⁵⁾ — die Zunahme der Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen vor allem in den mittleren Altersjahrgängen (*Trend und institutionelle Komponente* als Saldo dieser Effekte: - 0,28 %-Punkte).⁶⁾

Auch die Veränderungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur der deutschen Wohnbevölkerung wirken — gegenüber den Vorjahren verstärkt — positiv auf die Entwicklung der Potentialerwerbsquote ein (*demographische Komponente* 1978: + 0,10 %-Punkte).⁷⁾

Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften wird unter den weiterhin geltenden Bedingungen des Anwerbstopps weitgehend auf die bereits in der Bundesrepublik lebenden Ausländer begrenzt. Zunahmen der *ausländischen Wohnbevölkerung* in der Bundesrepublik insgesamt ergeben sich gegenwärtig nur aufgrund der weiterhin möglichen Familienzusammenführung, durch Zuwanderung aus den Staaten der EG und den Geburtenüberschuß. Ihnen stehen Abnahmen durch — wenn auch erheblich verringerte — Rückwanderung vor allem in Nicht-EG-Staaten gegenüber. Neueste Zahlen des Ausländerzentralregisters⁸⁾ und der Wanderungsstatistik⁹⁾ lassen dabei insgesamt sogar eine Stagnation der Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer erkennen.

Präzise Quantifizierungen des Angebots an ausländischen Arbeitskräften in der Bundesrepublik sind wegen unzureichender Informationen nur bedingt möglich. Die vorliegenden Statistiken erlauben zwar Aussagen über die Zahl der beschäftigten und arbeitslos registrierten Ausländer, nicht jedoch über die Gesamtzahl derjenigen, die bei besseren (normalen) Arbeitsmarktverhältnissen und ohne rechtliche Beschränkungen (für die Arbeitsaufnahme von in der Bundesrepublik lebenden Ausländern) eine Arbeit aufnehmen würden.

Beim Versuch dieses *Erwerbspersonenpotential der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer* zumindest grob abzuschätzen, wurde — bewußt vorsichtig — zunächst vom Minimum der effektiven Erwerbsquote der Ausländer in der Bundesrepublik vor Einführung der Restriktionen im Hinblick auf eine Arbeitsaufnahme ausgegangen (rund 80% Anfang der 60er Jahre)¹⁰⁾. Veränderungen in der Alters- und Geschlechtsstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung (vor allem zunehmender Frauenanteil) bewirken ein jährliches Absinken der Erwerbsquote um etwa ¼%-Punkt¹¹⁾. Außerdem dürfte sich mit zunehmender „Konsolidierung“ der Ausländerbeschäftigung durch längere Aufenthaltsdauer und Familienzusammenführung eine gewisse graduelle Annäherung der Erwerbsneigung an die der deutschen Wohnbevölkerung ergeben.

Demzufolge wird in Tabelle I (Anhang) 1978 ein weiterer Rückgang der Potentialerwerbsquote der Ausländer gegenüber dem Vorjahr um rund 0,6%-Punkte auf 75½% unterstellt.¹²⁾ Die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen (Potential) geht entsprechend um rund 50.000 auf 2,07 Mio. Personen zurück.

2.2 Die Nachfrage nach Arbeitskräften

Die mittlere Variante der hier vorgelegten Schätzungen beruht auf der Annahme, daß 1978 eine Realwachstumsrate von + 3,5 % zu verzeichnen sein wird. Bei dieser Produktionsentwicklung erwarten wir eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (je geleisteter Arbeitsstunde) um 4,2%. Dies impliziert, daß — wie 1977 so auch 1978 — in makroökonomischer Betrachtung die vorhandenen Produktivitätsspielräume nicht voll ausgenutzt werden. Der für 1978 erwartbare Produktivitätsanstieg entspricht zwar etwa der längerfristigen trendmäßigen Entwicklung. Das Produktivitätsniveau liegt allerdings nach wie vor unterhalb des langfristigen Trends. Auslastungsreserven, die im Durchschnitt der Volkswirtschaft im Jahre 1977 gebildet wurden, bleiben also auch 1978 weiter unausgeschöpft. Diese gesamtwirtschaftliche Entwicklung reflektiert einzelwirtschaftliche Reaktionsweisen der Beschäftigten. Die Bereitschaft, Arbeitskräfte bei vorübergehendem Nachfragerückgang eine gewisse Zeit durchzuhalten, scheint nach wie vor gegeben zu sein. Maßgeblich dafür sind erfahrungsgemäß — neben technischen und institutionellen Gründen — in erster Linie ökonomische Überlegungen der Beschäftigten (Such-, Einstellungs- und Einarbeitungskosten.¹³⁾)

Übersicht 1
Entstehung des realen Sozialprodukts
— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —

Merkmal	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976(1)	1977(2)	1978(3)
Tägliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen	- 1,1	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1,4	- 2,0	+ 0,4	- 0,3	- 0,6
Arbeitstage — Effekt*)	+ 0,4	+ 0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	+ 0,1	+ 1,4	- 0,6	- 0,4
Jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen*)	- 0,7	- 0,8	- 1,7	- 1,7	- 1,8	- 1,9	+ 1,9	- 0,9	- 1,0
Zahl der Erwerbstätigen	+ 1,3	+ 0,3	- 0,2	+ 0,3	- 1,9	- 3,4	- 0,9	- 0,3	+ 0,3
Arbeitsvolumen	+ 0,6	- 0,5	- 2,0	- 1,5	- 3,6	- 5,2	+ 0,9	- 1,2	- 0,7
Produktivität je Erwerbstätigenstunde	+ 5,4	+ 3,8	+ 5,7	+ 6,5	+ 4,3	+ 2,8	+ 4,6	+ 3,8	+ 4,2
je Erwerbstätigen	+ 4,7	+ 3,0	+ 3,9	+ 4,6	+ 2,4	+ 0,8	+ 6,6	+ 2,9	+ 3,2
Bruttoinlandsprodukt, real ³⁾	+ 6,0	+ 3,2	+ 3,7	+ 4,9	+ 0,5	- 2,6	+ 5,6	+ 2,6	+ 3,5

*) Die Entwicklung der Arbeitstage ist in die Rechnung voll eingegangen.

1) Vorläufig — 2) Schätzung — 3) In Preisen von 1970

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW); eigene Berechnungen.

Bei den hier unterstellten Wachstumsraten von gesamtwirtschaftlicher Produktion (+ 3,5%) und Produktivität (+ 4,2 %) wird das Arbeitsvolumen 1978 um - 0,7 % schrumpfen. Dabei wird die durchschnittliche jährliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 1,0% abnehmen (tägliche Arbeitszeit - 0,6 %, Arbeitstage - 0,4 %). Im Jahresdurchschnitt 1978 ist demzufolge eine leichte Zunahme der Erwerbstätigkeit um + 0,3 % - das sind 75 000 Personen - zu erwarten.

13) Nerb G., L. Reyher, E. Spitznagel, Struktur, Entwicklung und Bestimmungsgrößen der Beschäftigung in Industrie und Bauwirtschaft auf mittlere Sicht, in: MittAB 2/1977, S. 302 f.

14) Für nachgereiste Ehegatten wird allerdings eine Änderung der gesetzlichen Regelungen mit dem Ziel erwogen, daß ein abgeleiteter Anspruch auf Arbeitserlaubnis nicht mehr entsteht. Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt können hieraus allerdings erst nach 1978 entstehen.

15) Vom 27. 1. 1977: AZ 12 RA r 83/76.

2.3 Die Arbeitsmarktbilanz

Bei der in den vorstehenden Abschnitten beschriebenen Konstellation von Angebot und Nachfrage ergibt sich für das Jahr 1978 folgende Arbeitsmarktbilanz:

- Das gesamte zur Verfügung stehende Arbeitskräftepotential (Deutsche und Ausländer) wird im Jahre 1978 um etwa 15 000 Personen über dem Vorjahresbestand liegen.
- Die zum ersten Male seit 1973 wieder leicht ansteigende Nachfrage nach Arbeitskräften wird 1978 insgesamt zu einer Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 75 000 Personen (+ 0,3 %) führen.
- Dabei wird die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen auch 1978 abnehmen, mit ca. 15 000 Personen allerdings stark verlangsamt. Die Zahl der deutschen Erwerbstätigen wird mit ca. 90 000 Personen (+ 0,4 %) stärker zunehmen als die der Erwerbstätigen insgesamt.
- Dabei rechnen wir bei den deutschen Arbeitnehmern mit einem Anstieg um ca. 180 000 Personen (+ 0,9%) auf 19,6 Mio. Personen im Jahresdurchschnitt 1978. Die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer wird bei 1,86 Mio. Personen liegen (- 1 % gegenüber 1977).
- Die Zahl der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen insgesamt wird erstmals seit 1970 wieder leicht unter den Vorjahresstand absinken.
- Für 1978 ergeben sich im Jahresdurchschnitt etwa 1 Million registrierte Arbeitslose (30 000 weniger als im Vorjahr). Dabei nimmt die Zahl der deutschen Arbeitslosen um gut 30 000 Personen ab, die der ausländischen Arbeitslosen wird mit 95 000 Personen leicht über dem Stand von 1977 liegen. Die im Abschnitt 4 aufgeführte Entlastungswirkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen ist bei dieser Schätzung bereits berücksichtigt.
- Die Stille Reserve wird 1978 im Jahresdurchschnitt um ca. 30 000 auf etwa 640 000 Personen abnehmen, wobei sie bei den Deutschen noch leicht über dem Vorjahresstand liegen wird. Bei den Ausländern geht sie gegenüber dem Vorjahr um 35 000 Personen zurück.

Die unterschiedliche Entwicklung bei Deutschen und Ausländern hinsichtlich der Veränderung von Arbeitslosigkeit und Stiller Reserve wird durch folgende, nur ausländische Arbeitskräfte betreffende, Sonderfaktoren bestimmt:

— Nach geltendem Recht erwerben nachgereiste Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer nach 5-jährigem Aufenthalt in der Bundesrepublik einen abgeleiteten Anspruch auf Arbeitserlaubnis (und zwar auch dann, wenn sie nach Beginn des Anwerbestopps 1974 zugezogen sind¹⁴⁾). Bei zunehmender Verfestigung der Ausländerbeschäftigung und damit verbundener zunehmender Aufenthaltsdauer entfällt für diese Familienangehörigen zunehmend der einer Arbeitsaufnahme entgegenstehende Vorrang deutscher Arbeitnehmer (§19 AFG).

— Nach jüngster Rechtsprechung des Bundessozialgerichts¹⁵⁾ zur Verfügbarkeit ausländischer Arbeitnehmer besteht ein Anspruch auf eine mindestens einjährige Prüfung, ob auf dem deutschen Arbeitsmarkt Vermittlungsmöglichkeiten bestehen, was bei ausländischen Erwerbslosen eine Ausweitung ihrer statistischen Erfassung als Arbeitsloser zur Folge hat. Entsprechend reduziert sich die Zahl der ausländischen Stillen Reserve.

Übersicht 2

„Arbeitskräftebilanz“ (Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials, der Erwerbstätigen und der nichtbeschäftigten Erwerbspersonen) von 1965 – 1978 nach dem Inlandskonzept (Beschäftigungsortskonzept)

Jahres-durchschnitt	Erwerbspersonen-potential			davon									Nichtbeschäftigte									
				Erwerbstätige			davon						Erwerbs-persone			davon						
	Selbständige und mithelf. Fam.-Angeh.						Beschäftigte Arbeitnehmer			Registrierte Arbeitslose						Stille Reserven						
	Ins-gesamt	Dtsche.	Aus-länder	Ins-gesamt	Dtsche.	Aus-länder	Ins-gesamt	Dtsche.	Aus-länder	Ins-gesamt	Dtsche.	Aus-länder	Ins-gesamt	Dtsche.	Aus-länder	Ins-gesamt	Dtsche.	Aus-länder				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
— Personen in 1000 —																						
1965	26916	25756	1160	26769	25611	1158	5130	5091	39	21639	20520	1119	147	145	2	147	145	2	-	-	-	
1966	26890	25601	1289	26686	25401	1285	5036	4995	41	21650	20406	1244	204	200	4	161	157	4	43	43	-	
1967	26539	25466	1073	25817	24760	1057	4896	4853	43	20921	19907	1014	722	706	16	459	443	16	263	263	-	
1968	26300	25230	1070	25839	24775	1064	4785	4740	45	21054	20035	1019	461	455	6	323	317	6	138	138	-	
1969	26419	25002	1417	26240	24826	1414	4604	4556	48	21636	20270	1366	179	176	3	179	176	3	-	-	-	
1970	26719	24856	1863	26570	24712	1858	4422	4371	51	22148	20341	1807	149	144	5	149	144	5	-	-	-	
1971	26914	24721	2193	26639	24458	2181	4311	4258	53	22328	20200	2128	275	263	12	185	173	12	90	90	-	
1972	26970	24613	2357	26580	24240	2340	4220	4165	55	22360	20075	2285	390	373	17	246	229	17	144	144	-	
1973	27071	24497	2574	26648	24094	2554	4148	4092	56	22500	20002	2498	423	403	20	273	253	20	150	150	-	
1974	26943	24390	2553	26155	23718	2437	4063	4007	56	22092	19711	2381	788	672	116	582	513	69	206	159	47	
1975	26820	24380	2440	25266	23149	2117	3937	3881	56	21329	19268	2061	1554	1231	323	1074	923	151	480	308	172	
1976 ¹⁾	26701	24423	2278	25033	23052	1981	3800	3744	56	21233	19308	1925	1668	1371	297	1060	954	106	608	417	191	
1977 ²⁾	26651	24455	2196	24953	23024	1929	3676	3619	57	21277	19405	1872	1698	1431	267	1030	938	92	668	493	175	
1978 ²⁾³⁾	26667	24519	2148	25028	23115	1913	3586	3528	58	21442	19587	1855	1639	1404	235	1000	905	95	639	499	140	
— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1000 —																						
1965	+129	-90	+219	+151	-68	+219	-139	-141	+2	+290	+73	+217	-22	-22	±0	-22	-22	±0	-	-	-	
1966	-26	-155	-129	-83	-210	+127	-94	-96	+2	+11	-114	+125	+57	+55	+2	+14	+12	+2	+43	+43	-	
1967	-351	-135	-216	-869	-641	-228	-140	-142	+2	-729	-499	-230	+518	+506	+12	+298	+286	+12	+220	+220	-	
1968	-239	-236	-3	+22	+15	+7	-111	-113	+2	+133	+128	+5	-261	-251	-10	-136	-126	-10	-125	-125	-	
1969	+119	-228	+347	+401	+51	+350	-181	-184	+3	+582	+235	+347	-282	-279	-3	-144	-141	-3	-138	-138	-	
1970	+300	-146	+446	+330	-114	+444	-182	-185	+3	+512	+71	+441	-30	-32	+2	-30	-32	+2	-	-	-	
1971	+195	-135	+330	+69	-254	+323	-111	-113	+2	+180	-141	+321	+126	+119	+7	+36	+29	+7	+90	+90	-	
1972	+56	-108	+164	-59	-218	+159	-91	-93	+2	+32	-125	+157	+115	+110	+5	+61	+56	+5	+54	+54	-	
1973	+101	-116	+217	+68	-146	+214	-72	-73	+1	+140	-73	+213	+33	+30	+3	+27	+24	+3	+6	+6	-	
1974	-128	-107	-21	-493	-376	-117	-85	-85	±0	-408	-291	-117	+365	+269	+96	+309	+260	+49	+56	+9	+47	
1975	-123	-10	-113	-889	-569	-320	-126	-126	±0	-763	-443	-320	+766	+559	+207	+492	+410	+82	+274	+149	+125	
1976 ¹⁾	-119	+43	-162	-233	-97	-136	-137	-137	±0	-96	+40	-136	+114	+140	-26	-14	+31	-45	+128	+109	+19	
1977 ²⁾	-50	+32	-82	-80	-28	-52	-124	-125	+1	+44	+97	-53	+30	+60	-30	-30	-16	-14	+60	+76	-16	
1978 ²⁾³⁾	+16	+64	-48	+75	+91	-16	-90	-91	+1	+165	+182	-17	-59	-27	-32	-30	-33	+3	-29	+6	-35	
— Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % —																						
1965	+0,5	-0,3	+23,3	+0,6	-0,3	+23,3	-2,6	-2,7	+5,4	+1,4	+0,4	+24,1	-13,0	-13,2	±0,0	-13,0	-13,2	±0,0	-	-	-	
1966	-0,1	-0,6	+11,1	-0,3	-0,8	+11,0	-1,8	-1,9	+5,1	+0,1	-0,6	+11,2	+38,8	+37,9	+100,0	+9,5	+8,3	+100,0	-	-	-	
1967	-1,3	-0,5	-16,8	-3,3	-2,5	-17,7	-2,8	-2,8	+4,9	-3,4	-2,4	-18,5	+253,9	+253,0	+300,0	+185,1	+182,3	+300,0	+511,6	+511,6	-	
1968	-0,9	-0,9	-0,3	+0,1	+0,1	+0,7	-2,3	-2,3	+4,7	+0,6	+0,6	+0,5	-36,1	-35,6	-62,5	-29,6	-28,4	-62,5	-47,5	-47,5	-	
1969	+0,5	-0,9	+32,4	+1,6	+0,2	+32,9	-3,8	-3,9	+6,7	+2,8	+1,2	+34,1	-61,2	-61,3	-50,0	-44,6	-44,5	-50,0	-	-	-	
1970	+1,1	-0,6	+31,5	+1,3	-0,5	+31,4	-4,0	-4,1	+6,3	+2,4	+0,4	+32,3	-16,8	-18,2	+66,7	-16,8	-18,2	+66,7	-	-	-	
1971	+0,7	-0,5	+17,7	+0,3	-1,0	+17,4	-2,5	-2,6	+3,9	+0,8	-0,7	+17,8	+84,6	+82,6	+140,0	+24,2	+20,1	+140,0	-	-	-	
1972	+0,2	-0,4	+7,5	-0,2	-0,9	+7,3	-2,1	-2,2	+3,8	+0,1	-0,6	+7,4	+41,8	+41,8	+41,7	+33,0	+32,4	+41,7	+60,0	+60,0	-	
1973	+0,4	-0,5	+9,2	+0,3	-0,6	+9,1	-1,7	-1,8	+1,8	+0,6	-0,4	+9,3	+8,5	+8,0	+17,6	+11,0	+10,5	+17,6	+4,2	+4,2	-	
1974	-0,5	-0,4	-0,8	-1,9	-1,6	-4,6	-2,0	-2,1	±0,0	-1,8	-1,5	-4,7	+86,3	+66,7	+480,0	+113,2	+102,8	+245,0	+37,3	+6,0	-	
1975	-0,5	-0,0	-4,4	-3,4	-2,4	-13,1	-3,1	-3,1	±0,0	-3,5	-2,2	-13,4	+97,2	+83,2	+178,4	+84,5	+79,9	+118,8	+133,0	+93,7	+6,0	
1976 ¹⁾	-0,4	+0,2	-6,6	-0,9	-0,4	-6,4	-3,5	-3,5	±0,0	-0,5	+0,2	-6,6	+7,3	+11,4	-8,0	-1,3	+3,4	-29,8	+26,7	+35,4	+11,0	
1977 ²⁾	-0,2	+0,1	-3,6	-0,3	-0,1	-2,6	-3,3	-3,3	+1,8	+0,2	+0,5	-2,8	+1,8	+4,4	-10,1	-2,8	-1,7	-13,2	+9,9	+18,2	-8,4	
1978 ²⁾³⁾	+0,1	+0,3	-2,2	+0,3	+0,4	-0,8	-2,4	-2,5	+1,8	+0,8	+0,9	-0,9	-3,5	-1,9	-12,0	-2,9	-3,5	+3,3	-4,3	+1,2	-20,0	

1) vorläufig — 2) Schätzung — 3) Bei einem realen Wirtschaftswachstum von +3,5% und einer Verringerung der jährlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen um -1,0%.
Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen

— Seit Juni 1977 können ausländische Jugendliche, die zwischen dem 30. 11. 74 und dem 31. 12. 1976 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist sind, eine Arbeitserlaubnis erhalten. Hiervon haben bis einschließlich Oktober 1977 allerdings lediglich 2 870 ausländische Jugendliche Gebrauch gemacht. Im gleichen Umfang sind Stille Reserven aufgelöst worden.

Die aufgeführten Faktoren bewirken insgesamt eine Verminderung der im Zusammenhang mit rechtlichen Restriktionen entstehenden Stillen Reserven bei den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern. Die vom unzureichenden Stellenangebot ausgehenden faktischen Verdrängungsprozesse bleiben demgegenüber — wie bei deutschen Arbeitskräften — weiterhin wirksam.

2.4 Die Auslastung des potentiellen Arbeitsvolumens

Der Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens — definiert als das prozentuale Verhältnis zwischen effektivem und gesamtwirtschaftlich insgesamt verfügbarem (potentiellen) Arbeitsvolumen¹⁶⁾ — wird im Jahre 1978 bei einem Anstieg des realen Bruttoinlandsproduktes um + 3,5 % und einer gleichzeitigen Reduzierung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit der Erwerbstätigen um – 1,0% mit 91,4% gegenüber 1977 um 0,4%-Punkte ansteigen. Der Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens liegt dann im Jahre 1978 lediglich um 0,8%-Punkte höher als im Jahr des Rezessionstiefpunktes (1975:90,6%).

Betrachtet man die Auslastung der beiden Komponenten des potentiellen Arbeitsvolumens — Erwerbspersonenpotential und Arbeitszeitpotential — so zeigt sich im Jahre 1978 mit 93,9% aufgrund der besseren Be-

16) Vgl. Bach, H. U., H. Kohler, L. Keyher, B. Teriet, Arbeitszeit und Arbeitsvolumen der Bundesrepublik Deutschland, 1960-1975 Struktur, Entwicklung und Auslastung, in: MittAB 1/1977 S. 25 und S. 34.

schäftigungslage gegenüber dem Vorjahr wieder eine bessere Auslastung des *Erwerbspersonenpotentials* (1977: 93,6%).

Die Auslastung der *potentiellen Arbeitszeit* wird im Jahre 1978 (97,3%) gegenüber 1977 fast unverändert bleiben.

2.5 Alternative Arbeitsmarktentwicklungen

Wenngleich die hier beschriebene „Mittelpunkts-Variante“ (vgl. Übersicht 4, Variante II B) für 1978 im Hinblick auf die zugrunde liegenden Annahmen gegenwärtig weit überwiegend als die Variante mit dem größten Wahrscheinlichkeitsgehalt betrachtet wird, ist doch keineswegs auszuschließen, daß die tatsächliche Entwicklung einen anderen Verlauf nehmen wird. Dies gilt einmal im Hinblick auf das Tempo des wirtschaftlichen Wachstums. Hier sind aus heutiger Sicht durchaus sowohl ungünstigere als auch günstigere Abläufe vorstellbar, je nachdem, wie sich vor allem das reale Welthandelsvolumen und die private inländische Investitionsgüternachfrage entwickeln werden und welches Haushaltsgebaren von Ländern und Gemeinden vor allem im Bereich der Investitionsausgaben vorherrschen wird.

Wir haben im nebenstehenden *Alternativentableau für 1978* (Übersicht 4) das Spektrum dieser vorstellbaren Entwicklungslinien der gesamtwirtschaftlichen Produktion mit *Wachstumsraten des realen Sozialprodukts* von + 2½% (Variante I A, B, C), + 3½% (Variante II A, B, C) und + 4½% (Variante III A, B, C) dargestellt. Eine noch ungünstigere Entwicklung halten wir heute für recht unwahrscheinlich. Ein noch günstigerer Verlauf, der vom Arbeitsmarkt her gesehen dringend erforderlich wäre, scheint uns andererseits auch kaum erwartbar. Je höher die hier unterstellten Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsproduktes ausfallen, desto

Übersicht 3
Auslastung des Arbeitsvolumens 1970—1978

Merkmal		1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976 ¹⁾	1977 ²⁾	1978 ³⁾
1 a Verfügbares Arbeitskräftepotential ⁴⁾	Insgesamt 1 000	26 719	26 914	26 970	27 071	26 943	26 820	26 701	26 651	26 667
	Deutsche 1 000	24 856	24 721	24 613	24 497	24 390	24 380	24 423	24 455	24 519
	Ausländer 1 000	1 863	2 193	2 357	2 574	2 553	2 440	2 278	2 196	2 148
b Eingesetztes Arbeitskräftepotential ⁴⁾	Insgesamt 1 000	26 570	26 639	26 580	26 648	26 155	25 266	25 033	24 953	25 028
	Deutsche 1 000	24 712	24 458	24 240	24 094	23 718	23 149	23 052	23 024	23 115
	Ausländer 1 000	1 858	2 181	2 340	2 554	2 437	2 117	1 981	1 929	1 913
c Auslastungsgrad des Arbeitskräftepotentials (1 b : 1 a)	Insgesamt %	99,4	99,0	98,6	98,4	97,1	94,2	93,8	93,6	93,9
	Deutsche %	99,4	98,9	98,5	98,4	97,2	95,0	94,4	94,1	94,3
	Ausländer %	99,7	99,5	99,3	99,2	95,5	86,8	87,0	87,8	89,1
2 a Potentielle Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Insgesamt Std.	1 992	1 984	1 954	1 934	1 911	1 885	1 911	1 890	1 868
b Effektive Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Insgesamt Std.	1 969	1 954	1 920	1 887	1 853	1 818	1 852	1 837	1 818
c Auslastungsgrad der potentiellen Arbeitszeit je Erwerbstätigen (2 b : 2 a)	Insgesamt %	98,9	98,5	98,3	97,5	97,0	96,2	96,9	97,2	97,3
3 a Potentielles Arbeitsvolumen (1 a × 2 a)	Insgesamt Mill. Std.	53 224	53 397	52 699	52 355	51 488	50 566	51 028	50 360	49 811
	b Effektives Arbeitsvolumen (1 b × 2 b)	Insgesamt Mill. Std.	52 324	52 051	51 036	50 275	48 466	45 942	46 371	45 825
c Auslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens (3 b : 3 a)	Insgesamt %	98,3	97,5	96,8	96,0	94,1	90,6	90,9	91,0	91,4

1) Vorläufig — 2) Schätzung — 3) Bei einem Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes (in Preisen von 1970) um 3,5 % und einem Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen um – 1,0 % — 4) Inlandskonzept.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

Übersicht 4
Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktenwicklung 1978

Variante	Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1970)	Veränderungen bzw. Bestände	A	B	C		
			Verringerung der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen				
			- 0,5 %	- 1,0 %	- 1,5 %		
I	+ 2,5 %	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:					
		Stundenproduktivität (in %)	+ 3,8	+ 3,8	+ 4,0		
		Erwerbstätige (in 1000)	- 200	- 75	± 0		
		Registrierte Arbeitslose (in 1000)	+ 132	+ 54	+ 6		
		Jahresdurchschnittsbestände:					
		Registrierte Arbeitslose (in 1000)	1162	1084	1036		
		Stille Reserve (in 1000)	752	705	678		
II	+ 3,5 %	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:					
		Stundenproduktivität (in %)	+ 4,2	+ 4,2	+ 4,5		
		Erwerbstätige (in 1000)	- 50	+ 75	+ 125		
		Registrierte Arbeitslose (in 1000)	+ 33	- 30	- 60		
		Jahresdurchschnittsbestände:					
		Registrierte Arbeitslose (in 1000)	1063	1000	970		
		Stille Reserve (in 1000)	701	639	619		
III	+ 4,5 %	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:					
		Stundenproduktivität (in %)	+ 4,5	+ 4,5	+ 4,7		
		Erwerbstätige (in 1000)	+ 125	+ 250	+ 325		
		Registrierte Arbeitslose (in 1000)	- 60	- 160	- 206		
		Jahresdurchschnittsbestände:					
		Registrierte Arbeitslose (in 1000)	970	870	824		
		Stille Reserve (in 1000)	619	594	565		

Quelle: Eigene Berechnungen.

rascher entwickeln sich parallel dazu auch die Veränderungsraten der gesamtwirtschaftlichen Stundenproduktivität. Die Höhe des in- und ausländischen Erwerbspersonenpotentials bleibt hiervon in dem hier betrachteten kurzfristigen Zeitraum unberührt.

Die zweite Variable, deren Entwicklung für die Arbeitsmarktsituation in diesem Jahr von gleichrangiger Bedeutung sein kann, ist die *durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen*. Ihre Entwicklung unterliegt dem Einfluß einer Reihe von Bestimmungsgrößen, die auch

auf kurze Sicht durchaus veränderlich sind. Dies gilt gleichermaßen für die gesetzliche Kurzarbeitsregelung, tariflich vereinbarte Verkürzung der wöchentlichen oder jährlichen Arbeitszeit, Abbau oder Vermeidung von Überstunden und vermehrte Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen. Eine gezielte und gebündelte Nutzung all dieser Instrumente kann, wie die Erfahrung von 1974 und 1975 zeigt, einen gegebenen und faktisch unvermeidbaren Unterauslastungsgrad des potentiellen Arbeitsvolumens zu einem beträchtlichen Maße in der Arbeitszeitkomponente auffangen und zur tendenziellen Stabilisierung der Beschäftigtenzahl beitragen.

Stellen sich derartige Stabilisierungstendenzen bei den einzelnen Komponenten der durchschnittlichen Arbeitszeit in offenkundigen Rezessionsphasen auch meist von selbst ein und verstärken sich kumulativ miteinander, so bleiben sie andererseits, wie die beiden zurückliegenden Jahre gelehrt haben, dann weitgehend aus, wenn die Grundtendenz der wirtschaftlichen Entwicklung — gemessen in der Zuwachsrates des realen Sozialprodukts etwa — wieder aufwärts gerichtet ist. Letzteres ist beschäftigungspolitisch aber dann von Nachteil, wenn die Auftriebskräfte wohl im ganzen überwiegen, aber nicht hinreichen, den Beschäftigungsgrad in einem Maße zu steigern, so daß die Zahl der Erwerbslosen auf einen erträglichen Stand zurückgeführt wird. Diese Situation ist aber gegenwärtig und mutmaßlich auch in der absehbaren Zukunft gegeben bzw. zu befürchten. Demzufolge gilt es also auch in Zeiten eines zwar positiven, aber im Verhältnis zum Arbeitsangebot zu schwachen Wirtschaftswachstums alle Möglichkeiten zu nutzen, die die Variable „Arbeitszeit“ bietet. Die Bundesanstalt für Arbeit trägt dem tendenziell dadurch Rechnung, daß sie unter anderem in ihrem Haushalt für 1978 ein größeres Volumen für „Kurzarbeit“ ansetzt, als dies im Vorjahr der Fall war. Dies bedarf der Ergänzung von anderer Seite, sei es im Rahmen von Vereinbarungen zwischen den Tarifpartnern oder sei es — im Hinblick etwa auf Überstundenabbau und Teilzeitbeschäftigung — im einzelbetrieblichen Entscheidungsprozeß und Arbeitsablauf.

Wir sind im nachstehenden Alternativentableau für 1978 von der Überlegung ausgegangen, daß bei der „mittleren Variante“ (3,5% Wirtschaftswachstum) mit einem Rückgang der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen um 1 % gerechnet werden kann (vgl. Übersicht 4, Variante II B). Für denkbar halten wir aber auch eine ungünstigere Entwicklung, bei der mit nachlassenden arbeitszeitbezogenen Anstrengungen und fortlaufendem Wiederaufbau von Überstunden im ganzen nur ein halb so starker Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit (- 0,5 %) resultieren würde (vgl. Übersicht 4, Variante II A). Auf der anderen Seite könnte nach unserer Einschätzung — und diese markiert noch nicht einmal die denkbare Obergrenze — eine stärkere Reduzierung der durchschnittlichen Arbeitszeit (- 1,5%) durchgesetzt werden (vgl. Übersicht 4, Variante II C).

Wichtig ist hierbei, dass eine verstärkte Nutzung der Variablen „Arbeitszeit“ durchaus auch bei mittlerem (3,5 %) wie auch bei etwas rascherem (4,5 %) Wirtschaftswachstum für möglich zu halten ist.

In Anbetracht jüngster, auf Unternehmensbefragungen basierender Ergebnisse der Arbeitsmarktforschung¹⁷⁾ haben wir in diesem Tableau ferner berücksichtigt, daß sich eine gezielte Verringerung der durchschnittlichen Arbeitszeit nur etwa zur Hälfte auf die Beschäftigtenzahl aus-

17) Netb G., L. Reyher, E. Spitznagel: Struktur, Entwicklung und Bestimmungsgrößen der Beschäftigung in Industrie und Bauwirtschaft auf mittlere Sicht, in: MittAB 2/1977, S. 302 ff.

wirkt, während die andere Hälfte zu einer *zusätzlichen* Steigerung der Produktivität je Stunde führt.

Für die einzelnen, in diesem beschriebenen Rahmen liegenden Konstellationen von Wirtschaftswachstum und Arbeitszeitrückgang (unter sonst gleichen Bedingungen, wie sie von der Arbeitsmarktlage in 1978 gegeben sind), resultieren Erwartungsgrößen für die Zahl der registrierten Arbeitslosen zwischen annähernd 1,2 Mio. im ungünstigsten und wenig mehr als 800 000 im günstigsten Falle (hinzukommt jeweils die Stille Reserve, die in ähnlichem Ausmaße variiert). Fielen also die Wachstumsanstrengungen etwas ehrgeiziger aus als die, die gegenwärtig sichtbar sind und würden die arbeitszeitorientierten gemeinsamen Bemühungen etwas mehr intensiviert werden — beides, und zwar beides zugleich, liegt durchaus im Rahmen des politisch Realisierbaren —, dann wäre im Durchschnitt des Jahres eine Verringerung der Zahl der registrierten Arbeitslosen um etwa 20% zu erreichen (vgl. hierzu Übersicht 4, Variante III C)¹⁸⁾.

3. Die Arbeitsmarktentwicklung nach Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern

Wenn auch die methodischen und statistischen Probleme der kurzfristigen regionalen Arbeitsmarktvorausschau¹⁹⁾ weiterhin unzureichend gelöst sind, soll trotzdem erstmalig der Versuch unternommen werden, drei der in den Alternativrechnungen dargestellten Varianten — zumindest für das Arbeitsmarkttagregat „Arbeitslosigkeit“ — zu regionalisieren. Es handelt sich um die drei Alternativen: Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,5 o/o (Variante I B), 3,5 o/o (Variante II B) und 4,5% (Variante III B) bei einer konstanten Reduktion der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen um -1,0%.

Eine dreifache Fortschreibung der Erwerbstätigenzahl war aufgrund der Datenlage und der zu erwartenden geringen Strukturabweichung wenig sinnvoll, so dass wir uns bei der Fortschreibung auf die mittlere Variante II B beschränken. Die für diese Variante errechneten Anteile wurden schematisch an die alternativen Zahlen für die Bundesrepublik Deutschland angelegt.²⁰⁾

Im Rahmen der Variante II B ist die prozentuale Zunahme der Zahl der *Erwerbstätigen* in Baden-Württemberg und Hessen etwas stärker als im Bundesdurchschnitt. Diese Entwicklung entspricht dem erwarteten überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum. Obwohl auch für Südbayern eine besonders günstige wirtschaftliche Entwicklung erwartet wird, dürfte sich die Zahl der Erwerbstätigen nicht im gleichen Umfang erhöhen, da eine überdurchschnittliche Zunahme der Zahl der Arbeitnehmer durch die aus dem hohen Anteil landwirtschaftlicher Er-

werbstätigkeit resultierenden Freisetzen bei den selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wieder kompensiert werden dürfte. In Berlin wird sich wahrscheinlich der langjährige Trend einer Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen abgeschwächt fortsetzen. Im Saarland dürften die dortigen Strukturprobleme kaum einen Zuwachs der Erwerbstätigenzahl erlauben. Für die übrigen Länder werden sich aller Voraussicht nach Zunahmen ergeben, die sehr nahe an der Wachstumsrate des Bundesgebietes liegen.

Der für 1978 erwartete Anstieg der Zahl der *beschäftigten Arbeitnehmer* dürfte sich ungleichmäßig über die einzelnen Bundesländer und Landesarbeitsamtsbezirke verteilen. In den Ländern Hessen, Baden-Württemberg und Bayern ist unter der Annahme einer über dem Durchschnitt liegenden wirtschaftlichen Entwicklung auch ein ebensolcher Zuwachs der abhängigen Beschäftigten zu erwarten.

Übersicht 5
Struktur der beschäftigten Arbeitnehmer¹⁾ nach Wirtschaftssektoren 1976 in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer Landesarbeitsamtsbezirke	Land- und Forst- wirtsch.	Waren- und Forst- produz. Gewerbe	Dienst- leistungen	Ins- gesamt
	00 — 03	04 — 61	62 — 94	
Schleswig-Holstein	2,6	44,5	52,9	100
Hamburg	0,4	32,1	67,4	100
Schleswig-Holstein/ Hamburg	1,5	38,0	60,5	100
Niedersachsen	1,8	50,5	47,5	100
Bremen	0,8	40,9	58,3	100
Niedersachsen/Bremen	1,7	49,3	48,9	100
Nordrhein-Westfalen	0,7	55,8	43,6	100
Hessen	0,7	50,3	48,9	100
Rheinland-Pfalz	1,4	52,1	46,6	100
Saarland	0,4	58,8	40,9	100
Rheinland-Pfalz/ Saarland	1,1	53,7	45,1	100
Baden-Württemberg	0,8	59,7	39,4	100
Nordbayern	1,1	60,2	38,6	100
Südbayern	1,3	52,3	46,4	100
Bayern	1,2	55,9	43,0	100
Berlin (West)	0,5	40,1	59,5	100
Bundesrepublik Deutschl.	1,0	53,2	45,8	100

1) Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (Bundesanstalt für Arbeit); eigene Berechnungen.

18) Die Auslastungsrate des potentiellen Arbeitsvolumens ginge zwar nicht im gleichen Maße zurück wie die Zahl der Arbeitslosen. Dieser formale Aspekt kann aber in einer derartigen Situation vernachlässigt werden. Wichtig ist, dass durch die politisch erstrebte, stärkere Reduzierung der effektiven Durchschnittsarbeitszeit und damit der Auslastungsrate der potentiellen Arbeitszeit die sozialpolitisch dringend erwünschte höhere Auslastungsrate des Erwerbspersonenpotentials erreicht wird.

19) Siehe auch frühere Ausführungen dazu: Autorengemeinschaft, Zur Entwicklung des Arbeitsmarktes in den Landesarbeitsamtsbezirken und Bundesländern im Jahre 1975, in: MittAB 2/75, S. 164 ff.

20) Die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen, Arbeitnehmer und Arbeitslosen im Jahr 1978 konnten nur grob geschätzt werden, da zu den bekannten Problemen einer Regionalisierung zusätzliche statistische Probleme traten, wie z. B. die Umstellung der Industrieberichterstattung auf eine Statistik des produzierenden Gewerbes, wodurch die Fortschreibung stark erschwert wurde. Auch der Mikrozensus konnte nur beschränkt zur Fortschreibung herangezogen werden, da das Erhebungskonzept seit 1970 einige Änderungen erfuhr. Mehr denn je gilt, daß nicht die absoluten Größenordnungen, sondern die dargestellten Entwicklungsrichtungen Kern der regionalen Aussagen sind.

Auch Schleswig-Holstein wird an dieser Zunahme der Arbeitnehmerzahl überproportional beteiligt sein, wenn sich der Trend der Verlagerung von Arbeitsplätzen von Hamburg in das schleswig-holsteinische Umland fortsetzt.

Für Nordrhein-Westfalen, Bremen und das Saarland wird ein unter dem Bundesdurchschnitt liegender Zuwachs der beschäftigten Arbeitnehmer erwartet. In Nordrhein-Westfalen würde sich damit eine seit längerer Zeit zu beobachtende Entwicklung fortsetzen: Sein Anteil an der

Gesamtzahl der in der Bundesrepublik beschäftigten Arbeitnehmer sank von 27,8% im Jahr 1970 auf 27,3% im Jahr 1977. Die derzeitigen Schwierigkeiten im Bereich Eisen und Stahl lassen eine positivere Entwicklung wenig plausibel erscheinen. Im Saarland dürften ebenfalls die Probleme im Eisen- und Stahlbereich nur einen geringfügigen Anstieg der Arbeitnehmerzahl insgesamt erlauben. Berlin dürfte 1978 als einziges Land einen weiteren Rückgang der abhängig Beschäftigten zu verzeichnen haben. Damit würde sich die langfristige Entwicklung, wenn auch abgeschwächt, fortsetzen.

Das Angebot an *ausländischen Arbeitskräften* wird unter den weiterhin geltenden Bedingungen des Anwerbestopps in erster Linie auf die schon in der Bundesrepublik lebenden Ausländer begrenzt sein. Für 1978 sind Verschiebungen größeren Ausmaßes zwischen den einzelnen Bundesländern nicht zu erwarten. Dies dürfte für alle drei der für 1978 möglichen Varianten wirtschaftlichen Wachstums gleichermaßen zutreffen. Es ist sicher, daß selbst bei Eintreffen der positiven Variante mit einem wirtschaftlichen Wachstum von 4,5% keine grundsätzlichen Änderungen an den Bedingungen des Anwerbestopps vorgenommen werden; auch ist nicht damit zu rechnen, daß sich eine konjunkturelle Verbesserung ausschließlich

Übersicht 6
Ausländerquoten¹⁾ in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken (Anteile ausländischer Arbeitnehmer an den gesamten Arbeitnehmern — Beschäftigungsortskonzept — Jahresdurchschnitte) 1970, 1976 bis 1978

Bundesländer Landesarbeitsamtsbezirke	1970	1976	1977	1978
Schleswig-Holstein	3,2	4,1	3,9	3,8
Hamburg	5,4	7,4	7,3	7,2
Schleswig-Holstein/ Hamburg	4,4	5,8	5,7	5,6
Niedersachsen	4,4	4,9	4,7	4,6
Bremen	3,5	6,2	5,9	5,7
Niedersachsen/Bremen	4,3	5,1	4,9	4,8
Nordrhein-Westfalen	8,3	9,5	9,2	9,0
Hessen	10,2	10,9	10,6	10,5
Rheinland-Pfalz	5,0	5,8	5,6	5,5
Saarland	5,3	6,6	6,2	6,0
Rheinland-Pfalz/ Saarland	5,1	6,0	5,8	5,6
Baden-Württemberg	13,5	13,5	13,1	12,9
Nordbayern	5,4	5,9	5,7	5,6
Südbayern	9,6	10,4	10,2	10,0
Bayern	7,8	8,4	8,2	8,0
Berlin (West)	6,4	10,6	10,5	10,5
Bundesrepublik Deutshl.	8,2	9,1	8,8	8,7

1) Ausländische Arbeitnehmer in % der gesamten Arbeitnehmer (aus Tabelle 6).

21) Vgl: Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland 1977 (insgesamt und regional) und die Auswirkungen arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, in: MittAB 1/77, S. 12.

22) Statistik der Sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer, Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, (ANBA).

auf einige Länder konzentrieren wird, so daß diese gewissermaßen einen „Sog“ auf den Arbeitsmarkt insbesondere auf die ausländischen Arbeitnehmer, die eine relativ hohe Mobilität aufweisen, ausüben werden.

Kleinere Strukturveränderungen sind 1978 möglich und dürften in erster Linie auf Wanderungsbewegungen von ausländischen Arbeitnehmern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland von den eher etwas wachstumsschwächeren zu den etwas wachstumsstärkeren Bundesländern beruhen.

Es handelt sich bei den Zuwanderungsländern um die südlich gelegenen Landesarbeitsamtsbezirke Hessen, Baden-Württemberg und Südbayern, die auch schon 1977 eine unterdurchschnittliche Abnahme der Ausländerbeschäftigung aufwiesen. Entsprechende Wanderungsverluste schlugen sich hauptsächlich in Niedersachsen und Bremen, Nordrhein-Westfalen sowie in Rheinland-Pfalz und Saarland nieder.

Eine Sonderstellung nimmt in diesem Zusammenhang Berlin ein. Die demographisch bedingte Überalterung der Wohnbevölkerung führt weiterhin zu einer deutlichen Verringerung der deutschen Erwerbstätigen. Diese Tendenz wird vor allem durch eine ständige Abwanderung von Deutschen — besonders im erwerbsfähigen Alter — unterstützt. Das führt dazu, daß trotz einer insgesamt verschlechterten Arbeitsmarktentwicklung in Berlin weiterhin für ausländische Arbeitnehmer relativ gute Arbeitsmarktbedingungen vorliegen, und deshalb 1978 — wie auch schon 1977 — mit geringfügigen Anteilserhöhungen von ausländischen Arbeitnehmern in Berlin zu rechnen ist.

Im Jahr 1976 ergab sich bedingt durch die lange Dauer der Rezession eine gewisse Nivellierung der länderspezifischen *Arbeitslosenquoten*.²¹⁾ Im Jahr 1977 war allerdings eine Differenzierung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu beobachten (vgl. Übersicht 7).

In Baden-Württemberg und Nordbayern — beides Länder mit hohen Beschäftigtenzahlen im warenproduzierenden Gewerbe²²⁾ — ging die Arbeitslosigkeit 1977 überdurchschnittlich stark zurück. Die Abnahme in Baden-Württemberg um —15% stellt den stärksten Rückgang aller Bundesländer bzw. Landesarbeitsamtsbezirke dar.

Die Arbeitsmarktlage in den beiden anderen Ländern mit überdurchschnittlichen, wenn auch niedrigeren Beschäftigtenanteilen im warenproduzierenden Gewerbe verschlechterte sich: Nordrhein-Westfalen hatte mit + 2,0 % eine leichte, das Saarland mit + 7,2 % sogar die zweitstärkste Zunahme der Arbeitslosigkeit aufzuweisen.

Alle drei Stadtstaaten hatten 1977 einen Zuwachs der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Besonders ausgeprägt war die Zunahme in Berlin-West, die mit + 12,2% von allen Bundesländern am höchsten war. Erstmals seit 1972 hat Berlin-West damit die gleiche Arbeitslosenquote wie die gesamte Bundesrepublik Deutschland (4,5 %).

In Hessen ging die Arbeitslosigkeit 1977 um 9,2% zurück; dies ist nach Baden-Württemberg der zweithöchste Rückgang. Damit bestätigen sich frühere Beobachtungen, wonach Hessen zu den Ländern mit überdurchschnittlich guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktbedingungen zählt.

Die anderen Länder (Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und der Landesarbeitsamtsbezirk Südbayern) sind Regionen mit überdurchschnittlichen Anteile

Übersicht: 7
Arbeitslosenquoten¹⁾ in den Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken (Jahresdurchschnitte)
1970, 1974 bis 1978

Bundesländer Landesarbeitsamtsbezirke	1970	1974	1975	1976	1977	Variante ²⁾		
						I B 1978	II B 1978	III B 1978
Schleswig-Holstein	1,0	3,2	5,2	5,2	5,2	5,3	5,0	4,4
Hamburg	0,4	1,7	3,8	4,0	4,2	4,6	4,1	3,6
Schleswig-Holstein/Hamburg	0,7	2,6	4,6	4,7	4,8	5,0	4,7	4,1
Niedersachsen	1,0	3,1	5,5	5,5	5,5	5,9	5,5	4,8
Bremen	1,1	2,7	4,6	5,3	5,4	6,1	5,4	4,8
Niedersachsen/Bremen	1,0	3,1	5,4	5,5	5,5	5,9	5,5	4,8
Nordrhein-Westfalen	0,6	2,8	4,8	4,9	5,0	5,4	5,0	4,3
Hessen	0,5	2,4	4,5	4,4	4,0	3,9	3,7	3,2
Rheinland-Pfalz	0,8	2,7	5,1	4,9	4,6	4,8	4,5	3,9
Saarland	1,1	3,8	6,1	6,7	7,2	8,2	7,6	6,5
Rheinland-Pfalz/Saarland	0,9	2,9	5,3	5,3	5,2	5,5	5,2	4,5
Baden-Württemberg	0,2	1,4	3,6	3,4	2,9	2,8	2,6	2,3
Nordbayern	1,1	2,7	5,7	5,5	5,2	5,4	4,9	4,2
Südbayern	0,9	2,7	4,7	4,5	4,1	4,1	3,8	3,3
Bayern	1,0	2,7	5,1	4,9	4,6	4,7	4,3	3,7
Berlin (West)	0,6	2,1	3,8	4,0	4,5	5,1	4,8	4,0
Bundesrepublik Deutschland	0,7	2,5	4,7	4,7	4,5	4,8	4,4	3,8

1) Arbeitslose (1970, 1974 - 1977, 1978 (Schätzung)
in % der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten) nach dem
Mikrozensus 1970, 1974, 1975 und 1976

2) Variante I B bei einem realen Wirtschaftswachstum von 2,5%
Variante II B bei einem realen Wirtschaftswachstum von 3,5%
Variante III B bei einem realen Wirtschaftswachstum von 4,5% } und einer Verringerung der jährlichen
Arbeitszeit je Erwerbstätigen um -1,0%

len von Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft. Leider fehlen derzeit die statistischen Daten, um abschätzen zu können, in welchem Umfang verschieden starke Freisetzen aus dem Landwirtschaftssektor die unterschiedliche Arbeitslosenentwicklung in diesen Regionen mitbestimmen.

Mit der überdurchschnittlichen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation in Südbayern (Rückgang der Arbeitslosigkeit um - 8,7 %) setzt sich eine Entwicklung fort, die Südbayern in den letzten Jahren von zunächst überdurchschnittlicher zu unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit im Jahr 1977 führte.

In Rheinland-Pfalz liegt der Rückgang der Arbeitslosigkeit mit - 5,8 % leicht über dem Bundesdurchschnitt. Es erreicht damit die Arbeitslosenquote des Bundes.

Für die Länder Niedersachsen (+ 0,5%) und Schleswig-Holstein (+0,1 %) sind die Zunahmen der Arbeitslosigkeit 1977 so gering, daß man von einer gegenüber 1976 unveränderten Situation sprechen kann. In beiden Ländern liegt die Arbeitslosigkeit über dem Bundesdurchschnitt. In den letzten Monaten 1977 ergab sich allerdings für Schleswig-Holstein ein günstigerer Verlauf der Arbeitslosigkeit als in Niedersachsen. Zum Teil dürfte dies auf eine wirtschaftliche Belebung durch die aus Hamburg ins schleswig-holsteinische Umland abgewanderten Unternehmen zurückzuführen sein. Ein Blick auf die an Hamburg angrenzenden Arbeitsamtsbezirke läßt dies als plausibel erscheinen: So nahm in den an Hamburg angrenzenden Arbeitsamtsbezirken Elmshorn, Neumünster und Bad Oldesloe (jeweils Land Schleswig-Holstein) die Arbeitslosenzahl um durchschnittlich rund 4 % gegenüber 1976 ab, während sich die Arbeitslosenzahl für ganz Schleswig-Holstein im gleichen Zeitraum geringfügig erhöhte.

Trotz der anfangs erwähnten Schätzprobleme soll versucht werden, drei Varianten der regionalen Entwicklung der *Arbeitslosigkeit im Jahre 1978* darzustellen.

Bei der mittleren Variante II B (Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 3,5 %) wurde angenommen, daß sich die Entwicklung wie 1977 fortsetzen wird. Für Variante I B (Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 2,5%) wurde angenommen, daß sich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit aus den letzten 6 Monaten des Jahres 1977 fortsetzt, die ja mit einem abgeschwächten Wachstum des Sozialprodukts verbunden war. Für Variante III B (Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 4,5 %) wurde unterstellt, daß die Entwicklung der regionalen Verteilung der Arbeitslosigkeit eher der Entwicklung in den ersten 6 Monaten des Jahres 1977 entspricht, als das Sozialprodukt schneller als im zweiten Halbjahr wuchs.

Bei Variante I B (Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 2,5%), die von einer bundesdurchschnittlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit um 5,2% ausgeht, wird für Hessen und Baden-Württemberg eine geringfügige Abnahme, für Südbayern keine Veränderung der Arbeitslosenzahl erwartet. Im Hintergrund steht die Überlegung, daß diese drei Regionen eine günstigere Wirtschaftsentwicklung als die übrigen Regionen zu erwarten haben werden, zumindest so lange die gesamte wirtschaftliche Entwicklung nicht stagniert oder rückläufig ist. Für Nordbayern und Schleswig-Holstein wird eine unterdurchschnittliche Zunahme geschätzt. Der Arbeitsmarkt Schleswig-Holsteins dürfte auch im kommenden Jahr durch die in der Vergangenheit vollzogenen Neuansiedlungen und Erweiterungen von Betrieben gestützt werden; für Nordbayern ist wegen des hohen Anteils am produzierenden Gewerbe und den Strukturproblemen vor allen Dingen in Oberfranken und in der Oberpfalz eine

negativere Entwicklung als dargestellt ebenfalls plausibel. Für die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin-West ergibt die Schätzung eine überdurchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit. Zum einen dürften bei einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,5 % keine nennenswerten positiven Impulse von den in Hamburg und Bremen stark vertretenen Wirtschaftsbereichen Handel und Verkehr ausgehen. Zum anderen werden die Arbeitsmarktprobleme im Werft- und Luftfahrtbereich Bremens besonders schwer zu lösen sein. Schließlich dürfte sich in Berlin-West eine abflachende Konjunktur im Bereich des produzierenden Gewerbes besonders negativ bemerkbar machen. Für das Saarland und Nordrhein-Westfalen wäre eher eine Verstärkung der Strukturprobleme im Bereich Eisen und Stahl zu erwarten, wodurch ein ebenfalls überdurchschnittlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit plausibel erscheint. Für Niedersachsen könnte auch eine stärkere Zunahme der Arbeitslosenzahl als geschätzt – erwartet wird eine leicht überdurchschnittliche Zunahme – angenommen werden. Nach früheren Erfahrungen wird die Entwicklung jedenfalls negativer als im Bundesdurchschnitt verlaufen.

Nimmt man die *Variante II B* (Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 3,5%) zum Ausgangspunkt der Überlegungen, so dürfte sich in Baden-Württemberg, Hessen und Südbayern die relativ günstigere Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1977 fortsetzen. Hieraus ergäbe sich eine stärkere Abnahme der Arbeitslosenzahl als für das Bundesgebiet mit – 2,9 % angenommen. Auch in Nordbayern dürfte die Arbeitslosenzahl überdurchschnittlich zurückgehen. Die Arbeitslosenquote wird hier jedoch weiter über dem Bundesdurchschnitt liegen. Erst ein über mehrere Jahre andauerndes kräftiges Wirtschaftswachstum wird Nordbayern an den Bundesdurchschnitt heranzuführen, sofern die Erfahrungen der Zeit nach 1967/68 herangezogen werden können. Für Hamburg und Bremen wird unter der Vorgabe eines Sozialproduktwachstums von 3½% noch kein genügend starker Einfluß durch den Dienstleistungsbereich (vor allem durch Handel und Verkehr) erwartet, der den Trend der Verlagerung industrieller Arbeitsplätze ins Umland (Hamburg) und die Strukturprobleme in der Werft- und Luftfahrtindustrie (Bremen) kompensieren könnte. Die Arbeitslosigkeit wird daher, wenn überhaupt, nur geringfügig abnehmen. In Berlin-West dürfte sich die negative Entwicklung aus 1977 auch 1978 in abgeschwächter Form fortsetzen.

Die 1978 noch nicht auf Expansion gerichtete Entwicklung im Eisen- und Stahlbereich läßt nur eine minimale Abnahme der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen als plausibel erscheinen. Für das Saarland ist aus gleichem Grund ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Für Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz wird ein durchschnittlicher, für Niedersachsen ein unterdurchschnittlicher Rückgang der Arbeitslosigkeit erwartet.

Bei einem Wachstum des gesamten Sozialprodukts um 4,5 % (*Variante III B*) und einem entsprechenden Rückgang der gesamten Arbeitslosigkeit um 130 000 Personen dürfte in keinem Land bzw. Landesarbeitsamtsbezirk ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit zu befürchten sein. Das Grundmuster der regionalen Verteilung dürfte ähnlich wie in Variante II B ausfallen, mit Ausnahme einiger kleinerer Verschiebungen. So dürften sich in Hamburg und Nordbayern, evtl. auch Nordrhein-Westfalen durch einen kräftigen Aufschwung der Abbau der Arbeitslosigkeit beschleunigen, verglichen mit Variante II B.

An der Spitze der Entwicklung mit überdurchschnittlicher relativer Abnahme der Arbeitslosigkeit dürften weiterhin Baden-Württemberg, Hessen und Südbayern stehen, gefolgt von Nordbayern. Unterdurchschnittlich dürfte die Arbeitslosigkeit in Niedersachsen, Bremen, dem Saarland und Berlin-West zurückgehen. In den übrigen Ländern könnte sich der Rückgang um den Bundesdurchschnitt bewegen.

Aus schon erwähnten Gründen (s. Abschn. 2.3) ist für 1978 gegenüber 1977 mit einer leichten Erhöhung des Anteils *ausländischer Arbeitsloser* an allen Arbeitslosen zu rechnen. Dies macht sich in erster Linie bei den Ländern mit traditionell höherer Ausländerbeschäftigung wie Baden-Württemberg, Hessen, Berlin und dem Landesarbeitsamtsbezirk Südbayern bemerkbar.

1978 wird sich die Ausländerarbeitslosigkeit in den einzelnen Bundesländern wieder mit von der Bundesentwicklung abweichender Intensität und bei der 3,5%-Wachstums-Variante sogar mit abweichender Richtung entwickeln. Bei dieser Variante ist davon auszugehen, daß z. B. Baden-Württemberg, Nord- und Südbayern sowie Hessen Abnahmen bzw. unterdurchschnittliche Zunahmen von Ausländerarbeitslosigkeit aufweisen werden. Das sind auch diejenigen Länder, die aufgrund konjunktureller Belegung die geringsten Abnahmen der Ausländerbeschäftigung zu erwarten haben. Ähnliches gilt für die Annahme eines wirtschaftlichen Wachstums von 4,5 % (Variante III B). Die eben angeführten Länder werden auch dort ihre Spitzenpositionen beim Abbau der Arbeitslosigkeit insgesamt und der Ausländerarbeitslosigkeit weiter ausbauen. Alle übrigen Länder werden wahrscheinlich mit durchschnittlichen bzw. die Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen und das Saarland mit unterdurchschnittlichen Abnahmeraten nachziehen.

Im ungünstigen Fall eines 2,5 %igen wirtschaftlichen Wachstums wird sich die Ausländerarbeitslosigkeit in allen Bundesländern stark ausweiten.

4. Der Entlastungseffekt arbeitsmarktpolitischier Maßnahmen

Im Abschnitt 4 versuchen wir die Auswirkungen zu veranschaulichen, die von den verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Bemühungen der Bundesanstalt und der Gebietskörperschaften in den letzten Jahren ausgegangen sind und voraussichtlich 1978 ausgehen werden.

4.1 Kurzarbeit

Die Zahl der Kurzarbeiter war mit 231 000 im Jahre 1977 größer als zunächst – in Erwartung einer besseren wirtschaftlichen Gesamtentwicklung – vorausgeschätzt worden war. Der hiermit verbundene Ausfall an Arbeitsvolumen betrug rund 145 Mio. Arbeitsstunden. Dies bedeutet rein rechnerisch, daß dadurch im Jahresdurchschnitt 1977 ein Beschäftigungsrückgang von 77000 Personen vermieden wurde, vorausgesetzt, daß es bei den Beschäftigern keine „Mitnehmereffekte“ gegeben hätte. Da sich aller Erfahrung nach per Saldo rund ⅓ eines solchen Beschäftigungsrückgangs in registrierter Arbeitslosigkeit niedergeschlagen hätten, ist für das Jahr 1977 der Kurzarbeit eine Entlastung der Arbeitslosigkeit um rund 52 000 Personen (auf Jahresbasis) zuzurechnen.

Für 1978 stehen zur Finanzierung von Kurzarbeit im Haushalt der BA 798 Mio. DM bereit (einschließlich der Erstattung von Beiträgen zur Kranken- und Rentenver-

Übersicht 8
Beschäftigungswirkung und Entlastung der Arbeitslosenzahl durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den Jahren 1973—1978 auf Jahresbasis

Maßnahmeart	Inanspruchnahme						Beschäftigungswirkung ²⁾						Entlastungswirkung (Minderung der Arbeitslosenzahl) ²⁾					
	Personen in 1000																	
	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1973	1974	1975	1976	1977	1978
1. Kurzarbeit	44	292	773	277	231	250	16	106	272	90	77	84	11	70	175	60	52	56
2. Allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM)	2	3	16	29	38	47	4	8	41	75	72	90	3	6	30	58	61	74
3. Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung (FuU)	100	115	130	101	69	69	100	115	130	101	69	69	68	81	96	78	56	57
Summe 1.—3.	146	410	919	407	338	366	120	229	443	266	218	243	82	157	301	196	169	187
Nachrichtlich																		
4. Bau-, Investitionsprogramm (ohne ABM)	240	155	.	.	.
	Beschäftigungsveränderung, insgesamt												Arbeitslose, Gesamtbestand					
	+ 68 — 493 — 889 — 233 — 80 + 75												273 582 1074 1060 1030 1000					

1) Vorläufig — 2) Schätzung

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

Sicherung). Diesem Ansatz wurde als Erwartungsgröße und arbeitsmarktpolitische Zielgröße eine Zahl von 250 000 Kurzarbeitern zugrunde gelegt. Unter den oben beschriebenen und auch für 1978 unterstellten Annahmen entspricht das einem Ausfallvolumen von 157 Mio. Arbeitsstunden. Bei Berücksichtigung der jährlichen Normalarbeitszeit wird dadurch rein rechnerisch eine Verringerung der Beschäftigung um 84 000 Personen vermieden. Die registrierte Arbeitslosigkeit wird 1978 in diesem Falle um rund 56 000 Personen entlastet.

4.2 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)

Die zeitliche Zuordnung der arbeitsmarktpolitischen Aktivität „ABM“ stimmt nicht überein mit dem Zeitprofil der dadurch erreichten Entlastungswirkung auf dem Arbeitsmarkt. Z. B. können Maßnahmen, die auf der Grundlage von Verpflichtungsermächtigungen für ein folgendes Haushaltsjahr bewilligt werden, bereits im alten Haushaltsjahr anlaufen. Insofern tritt ihre Wirkung früher ein, als es haushaltsmäßig erscheint.²³⁾ Weiterhin ist zu beachten, daß z. B. das Sonderprogramm der Bundesregierung zum 25.5. 1977 auch in das Jahr 1978 ausstrahlt.

Im Jahr 1977 wurden auf Jahresbasis gerechnet durchschnittlich rund 38 000 zugewiesene Arbeitnehmer in ABM beschäftigt. Neben diesen waren in den Maßnahmen 1977 schätzungsweise 8 000 sogenannte Stamarbeiter tätig, deren Beschäftigungsverhältnisse dadurch stabilisiert wurden. Die Relation zwischen zugewiesenen

Arbeitnehmern und Stamarbeitnehmern ist 1977 wegen der veränderten Maßnahmenstruktur niedriger anzusetzen als in den Jahren davor. Aufgrund der Struktur der Arbeitslosigkeit wurde nämlich der Schwerpunkt der Förderung in den Angestelltenbereich verlagert, wo diese Relation deutlich kleiner als im Durchschnitt, insbesondere kleiner als bei bauwirksamen Maßnahmen, ist.

Neben diesen direkten Beschäftigungswirkungen lösen ABM infolge der Zulieferung von Vorleistungen durch andere Wirtschaftszweige und wegen der erhöhten Verbrauchsnachfrage infolge gestiegener Einkommen aber auch sekundäre Beschäftigungswirkungen aus. Aufgrund der bereits genannten Strukturveränderungen, die sich 1977 bei den geförderten Maßnahmen vollzogen haben, sind auch diese Sekundärwirkungen verhältnismäßig niedriger anzusetzen als in den Vorjahren: Schätzungsweise für 27 000 Arbeitnehmer wurden aufgrund solcher Folgewirkungen Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen bzw. gesichert.

Insgesamt ist also davon auszugehen, daß 1977 (auf Jahresbasis gerechnet) durch ABM für insgesamt rund 72 000 Arbeitnehmer Beschäftigung geschaffen bzw. gesichert wurde.

Um die Entlastungswirkungen von ABM auf die Zahl der registrierten Arbeitslosen abzuschätzen, ist zu berücksichtigen, daß bei der Zuweisung von Arbeitslosen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Entlastung unmittelbar und in gleicher Höhe eintritt.

Im Falle der Stamarbeiternehmer und indirekt betroffenen Arbeitnehmer wird ein Beschäftigungsrückgang vermieden, der sich erfahrungsgemäß per Saldo zu zwei Dritteln in registrierte Arbeitslosigkeit (und der Rest in Stille Reserve und Ausland) niederschlägt.

Insgesamt wurde demnach durch die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Jahr 1977 die Zahl

23) Im Haushalt der BA für das Jahr 1977 standen an Zuschüssen und Darlehen zur Förderung von ABM insgesamt 755 Mio. DM zur Verausgabung bereit. Davon konnten 555 Mio. DM bereits im Vorjahr bewilligt werden (Verpflichtungsermächtigung). Zur Verstärkung der BA-Förderung durch Zuschüsse und Darlehen des Bundes und der Länder standen 1977 insgesamt rund 29 Mio. DM zur Verfügung. Zusätzlich wurden von der Bundesregierung im Rahmen ihres arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramms vom 25. 5. 1977 für ABM 400 Mio. DM bereitgestellt. Schließlich konnten — im Vorgriff auf das Haushaltsjahr 1978 — bereits 1977 insgesamt 455 Mio. DM bewilligt werden (Verpflichtungsermächtigung für BA- und Bundesmittel).

der registrierten Arbeitslosen um 61 000 Personen entlastet.

Im Jahr 1978 kann die BA Haushaltsmittel (Zuschüsse und Darlehen) in Höhe von 1 Mrd. DM für ABM ausgeben. Dies ist der höchste Betrag der bislang in einem Jahreshaushalt der BA zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit mit Hilfe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt wurde.

Berücksichtigt man die oben bereits genannten zeitlichen Differenzen zwischen haushaltmäßiger Datierung und arbeitsmarktpolitischer Wirksamkeit der einzusetzenden Mittel und nimmt weiter an, daß die verfügbaren Mittel ausgeschöpft werden und der Anteil der geförderten Arbeitnehmer im Angestelltenbereich 1978 etwa genauso groß ist wie 1977, dann ist die Zahl der auf Jahresbasis 1978 durchschnittlich in ABM zuzuweisenden Arbeitslosen auf rund 47 000 Personen zu veranschlagen. Hinzu kommen rund 9 000 „Stammarbeitnehmer“ und rund 34 000 Arbeitnehmer, die erfahrungsgemäß infolge von Sekundärwirkungen (über induzierte Vorleistungs- und Verbrauchsnachfrage) beschäftigt werden. Insgesamt wird also 1978 durch ABM für rund 90 000 Personen Beschäftigung geschaffen bzw. gesichert. Die Entlastungswirkung in Bezug auf die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist für 1978 demnach auf rund 74 000 Personen zu veranschlagen.

4.3 Vollzeitmaßnahmen der beruflichen Fortbildung und Umschulung (FuU)

In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Entwicklung im Bereich von Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz hinzuweisen. In Folge der Änderungen der Konditionen, die mit dem Haushaltsstrukturgesetz eingeführt worden sind, bleibt die Zahl der Teilnehmer weit hinter dem zurück, was kurz- wie auch langfristig in dieser Hinsicht für erforderlich zu halten ist.

Im Jahre 1977 haben 69 000 Personen (auf Jahresbasis) an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung teilgenommen. Das sind rund 30 000 Teilnehmer weniger als im Vorjahr und nur gut die Hälfte der Teilnehmer aus dem Jahre 1975, dem Tiefpunkt der Rezession. Soweit es sich um Teilnehmer handelt, die unmittelbar vor der Bildungsmaßnahme arbeitslos waren (gut $\frac{1}{3}$ aller Teilnehmer), ergibt sich daraus in voller Höhe eine Entlastung der Arbeitslosenzahl. Im Hinblick auf die übrigen Teilnehmer kann — wie bei den anderen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen — angenommen werden, daß eine Entlastung der Arbeitslosigkeit in der Größenordnung von zwei Dritteln der Beschäftigungswirkung erfolgt. Insgesamt errechnet sich daraus für 1977 eine Entlastung der Arbeitslosenzahl durch Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung in Höhe von 56 000 Personen (1976: 78 000, 1975: 96 000).²⁴⁾

24) Hierbei handelt es sich um eine Neuberechnung. In den Vorjahren wurde angenommen, daß die Minderung der Arbeitslosenzahl (Entlastungswirkung) in voller Höhe der Beschäftigungswirkung eintritt.

25) Dabei kann es sich sowohl um fehlende (vernichtete, kurzfristig nicht mobilisierbare) Arbeitsplätze bzw. Sachkapazitäten handeln, oder um vorhandene, bei unzureichendem Auftragsvolumen allerdings nicht angebotene. Vgl. hierzu Abschnitt 5.1.

26) Vgl. z. B. den „Konjunkturbericht“ des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom November 1977 und die „Analyse der Arbeitsmarktsituation in der Holzverarbeitenden Industrie in Württemberg“ vom Verband der Württembergischen Holzindustrie und Kunststoffverarbeitung e.V. (Oktober 1977).

27) Vor 1966 war die betreffende Frage anders formuliert, aber im wesentlichen vergleichbar.

28) Reihe C ohne Chemische Industrie.

29) 82% im Oktober 1977.

Nach dem Haushaltsansatz der BA für 1978 dürfte die Zahl der Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen zur beruflichen Bildung gegenüber dem Vorjahr unvermindert bleiben. Wegen des wahrscheinlich weiterhin ansteigenden Anteils der zuvor Arbeitslosen unter den Teilnehmern errechnet sich daraus eine geringfügig erhöhte Entlastung der Arbeitslosenzahl in Höhe von 57 000 Personen.

Insgesamt führen die genannten arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen — Kurzarbeit, ABM, FuU — voraussichtlich zu einer Entlastung der Arbeitslosigkeit im Jahre 1978 um rund 187000 Personen (gegenüber 169 000 Personen im Vorjahr).

5. Zur Diskussion um Niveau und Struktur der Arbeitslosigkeit

Das aus der Arbeitsmarktbilanz auch für das Jahr 1978 erkennbare Ungleichgewicht — die hohe Unterauslastung des Erwerbspersonenpotentials und Arbeitszeitpotentials, d. h. insbesondere auch die hohe Arbeitslosigkeit — kann verschiedene Ursachen haben. Zum einen kann es sich um ein globales Defizit an angebotenen Arbeitsplätzen handeln, das aus konjunkturellen Gründen und/oder aus längerfristigen Wachstumsdefiziten der Wirtschaft heraus entstanden ist.²⁵⁾ Zum anderen könnte es eine Rolle spielen, daß möglicherweise ein Großteil der Arbeitslosen nicht (auf den angebotenen Arbeitsplätzen) arbeiten kann oder will oder nicht bzw. nicht rechtzeitig die passenden Arbeitsplätze findet (strukturelle bzw. friktionelle Arbeitslosigkeit).

In den folgenden Abschnitten wird auf eine Reihe von empirischen Befunden verwiesen, die es nahelegen, daß — entgegen verbreiteten Vorstellungen²⁶⁾ — das Hauptproblem des Arbeitsmarktes gegenwärtig das Defizit an angebotenen Arbeitsplätzen ist. Abschließend werden einige Erläuterungen zum Konzept und zur Erfassung der Stillen Reserve gegeben, die in der Diskussion um das Ausmaß der gegenwärtigen Unterbeschäftigung eine erhebliche Rolle spielt.

5.1 Produktionsbehinderung wegen Arbeitskräftemangel

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung führt dreimal jährlich einen repräsentativen Konjunkturtest durch.

Im Rahmen dieser Unternehmensbefragungen wird seit 1966 mit unveränderter Fragestellung nach Faktoren gefragt, die die Produktionstätigkeit behindern (Mangel an Arbeitskräften, Mangel an Aufträgen, zu geringe technische Kapazität, Mangel an Rohstoffen bzw. Vormaterialien).²⁷⁾

Während in den Vollbeschäftigungsjahren 1965 und 1970 40 — 50 % der Industrieunternehmen eine Produktionsbehinderung wegen Arbeitskräftemangel registrierten, sind es gegenwärtig lediglich 4 — 5 % (zu den konjunkturellen Tiefpunkten 1967 und 1975 jeweils 1-2%. Demgegenüber geben 41 % der Firmen Produktionsbehinderung wegen Auftragsmangel an (Produktionsbehinderung insgesamt: 47% der Industrieunternehmen).²⁸⁾ Dies entspricht tendenziell dem gegenwärtig niedrigen Auslastungsgrad betrieblicher Kapazitäten²⁹⁾ und belegt, daß — auch aus Sicht der Unternehmen — die unzureichende gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit das (für das vorhandene Arbeitskräftepotential) unzureichende Angebot an Arbeitsplätzen gegenwärtiges Hauptproblem des Arbeitsmarktes ist.

Gestützt wird diese Aussage auch von den Ergebnissen einer Sonderbefragung, die das Ifo-Institut und das IAB

im November 1976 gemeinsam durchgeführt haben. Demnach ergab sich für den Durchschnitt der Industrie, daß die Beschäftigtenzahl im Produktionsbereich um 12% und im Verwaltungsbereich um 4% erhöht werden würde, falls die Unternehmen genügend Aufträge hätten, um ihre vorhandene technische Kapazität voll auszulasten.^{30,31)}

Hinweise darauf, daß sich das Gesamtpotential an unbesetzten Arbeitsplätzen in der Industrie und im Bauhauptgewerbe im Verlauf des Jahres 1977 nachhaltig verringert hat, sind gegenwärtig nicht zu erkennen: Eine erneute Befragung, die unter anderem auch zu diesem Thema zum Jahresende 1977 bei dem gleichen Berichtskreis durchgeführt wurde, lieferte kaum abweichende Ergebnisse. Über das Gesamtergebnis dieser erneuten Befragung wird demnächst an dieser Stelle berichtet werden.

Den Ergebnissen der Ifo-Untersuchungen scheinen in der Öffentlichkeit häufig zitierte Befunde zu widersprechen, denen zufolge in einzelnen Wirtschaftszweigen, Regionen oder qualifikationsniveauspezifischen Teilarbeitsmärkten (vor allem auf der Facharbeiterebene) trotz der Million Arbeitslosen ein erheblicher Mangel an Arbeitskräften bestehe. „Brauchbare“ Arbeitskräfte seien – insbesondere unter den Arbeitslosen – kaum zu finden.

Gegen solche Befunde ist jedoch einzuwenden, daß sie in aller Regel nicht repräsentativ sind (unzureichende und nicht kontrollierte Rücklaufquoten) und daß die Fragen häufig suggestiv gestellt sind. Zudem werden solche Befragungen in einer durch die öffentliche Diskussion um die „Schuld“ an der Arbeitslosigkeit geprägten und damit nicht neutralen Atmosphäre durchgeführt, so daß Zweifel an der Validität der Auskünfte bestehen. Auch ist — wie im folgenden Abschnitt näher ausgeführt wird — die Tatsache, daß in bestimmtem Umfang Offene Stellen angeboten (und wie früher auch nicht immer *sofort* neu besetzt) werden, kein Indiz für eine zunehmende Arbeitskräftenachfrage, denn häufig handelt es sich um den Austausch von Arbeitskräften und um Ersatzbedarf, nicht um Zusatzbedarf, der allein zu einer Besserung am Arbeitsmarkt führen könnte.

5.2 Zahl der Offenen Stellen und Einschaltungsgrad der Arbeitsverwaltung

Im Jahr 1977 waren den Arbeitsämtern zu jedem Zeitpunkt — abhängig von Saisonschwankungen — rd. 200 000 — 250 000 Offene Stellen gemeldet. Bei einem Einschaltungsgrad der Arbeitsverwaltung bei Arbeitsplatzangeboten in der Größenordnung von etwa 40%³²⁾ ergibt sich daraus eine Gesamtzahl von grob geschätzt 600 000 Vakanzen. Bei über einer Million Arbeitslosen erscheint diese Zahl zunächst sehr hoch und der Fehlschluß naheliegend, daß — weil die Arbeitsämter unzureichend vermitteln, und/oder weil die Arbeitslosen

die Arbeitsangebote nicht annehmen können oder wollen — in gleicher Höhe Arbeitslosigkeit unnötig bzw. nicht echt wäre. Es würde auch ein entsprechendes Wachstumspotential brach liegen.³³⁾

Hier ist allerdings zu beachten, daß hinter den *Beständen* von Arbeitslosen und Offenen Stellen bzw. Vakanzen eine sehr viel größere Zahl von *Bewegungen* (Zu- und Abgängen, Vermittlungen) steht. So werden jährlich rund 6 Millionen Neueinstellungen angezeigt. Im Jahre 1977 betrug die Zahl der Zugänge an Arbeitslosen 3,3 Millionen, die Zahl der Vermittlungen in Arbeit 2,3 Millionen.³⁴⁾ Offene Stellen sind im Durchschnitt nur etwas über 1 Monat unbesetzt. 54% der monatlich neu gemeldeten Stellen werden noch im Eingangsmonat besetzt. Lediglich 11% der Offenen Stellen eines Zeitpunkts sind über 5 Monate im Bestand, wobei es sich z.T. um nicht marktconforme Angebote, Stellen mit restriktiven Altersgrenzen und Angebote für Spezialisten, handelt.³⁵⁾

Offene Stellen bzw. Vakanzen dienen damit — solange beträchtlicher Zusatzbedarf fehlt — vor allem der Abwicklung der Jahressumme der Einstellungsfälle (Fluktuation, kurzfristige Beschäftigung, Saison).

Zahl und Struktur der Offenen Stellen lassen nicht den Schluß auf erhebliche Strukturdiskrepanzen oder Mängel bei der Arbeitsvermittlung zu.

Im übrigen entspricht der — belegten — Tatsache, daß die Zahl der vakanten Arbeitsplätze insgesamt höher ist als die Zahl der registrierten und ausgewiesenen Offenen Stellen, die ebenso belegte Tatsache, daß die Zahl der registrierten Arbeitslosen nur einen Teil der Unterbeschäftigung ausdrückt und um die Stille Reserve ergänzt werden muß.³⁶⁾ Wenn Angebots- und Nachfragenstrukturen gegenübergestellt werden, ist im Hinblick auf die erwartbare zwischenbetriebliche Fluktuation auf der Angebotsseite den Arbeitslosen und der Stillen Reserve auch ein Teil der Beschäftigten (die eine neue Arbeit suchen) hinzuzurechnen.

5.3 Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen und Offenen Stellen

Aus den zweimal jährlich durchgeführten Strukturuntersuchungen bei Arbeitslosen und Offenen Stellen ergibt sich, daß un- bzw. angelernte Arbeitslose (im Arbeiterwie im Angestelltenbereich) die vergleichsweise größten Beschäftigungsschwierigkeiten haben. Auf arbeitslose Fachkräfte entfallen mehr Stellenangebote als auf weniger qualifizierte Arbeitslose. Häufig wird darüber hinaus vor allem ein Mangel an Facharbeitern beklagt: (angebotene) Arbeit sei nicht gleich (nachgefragter) Arbeit, und arbeitslose Hilfsarbeiter könnten nicht auf Facharbeiterpositionen vermittelt werden.

Im Hinblick auf diese Aussage ist zu beachten, daß auch zu früheren, konjunkturell besseren Jahren (1972) rd. 20 % der Bewerber für länger als 1 Monat vakante Stellen im Verarbeitenden Gewerbe abgelehnt wurden³⁷⁾, wobei unzureichende Qualifikation der Hauptgrund für die Ablehnung war. Gewisse Schwierigkeiten, einen „passenden“ (qualifizierten) Bewerber zu finden, bzw. gewisse Ablehnungsraten infolge ungeeigneter Bewerber sind also „normal“ und lassen nicht ohne weiteres den Schluß auf Strukturdiskrepanzen zu.

Darüber hinaus wurden früher bei der Einstellung zahlreiche Substitutionsmöglichkeiten genutzt. 1972 wurden z. B. bei allen Einstellungen von betrieblich Ausgebildeten gegenüber dem Vorgänger 14% der Plätze mit Absol-

30) Vgl. Nerb, G., L. Reyber, E. Spitznagel, Struktur, Entwicklung und Bestimmungsgrößen der Beschäftigung in Industrie und Bauwirtschaft auf mittlere Sicht, in: MittAB 2/1977, S. 295.

31) Vgl. ebenda S. 305 f.

32) Relation des Zugangs an Offenen Stellen zur Gesamtzahl von Neueinstellungen. Hierbei kann es sich aus verschiedenen Gründen (Abgrenzungsschwierigkeiten bei zwischen- und innerbetrieblicher Fluktuation, Übertragung von Strom- auf Bestandsgrößen) nur um eine grobe Schätzung handeln.

33) So z. B. die Argumentation des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik im Konjunkturbericht vom Nov. 1977, S. 21.

34) Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) Heft 8/1977 (Strukturanalyse der Offenen Stellen vom Mai 1977).

35) Kridde, H., R. Zeit-Wolfrum, Strukturuntersuchung der Offenen Stellen in einer Testregion, MittAB 4/1976, S. 450 ff.

36) Vgl. Abschnitt 5.8.

37) Kühl, J., Bereitstellung und Besetzung von Arbeitsplätzen — Erste Ergebnisse einer Erhebung über Arbeitskräftebedarf-, MittAB 4/1976, S. 414 ff.

venten anderer Ausbildungsberufe, 6 % mit Erwerbstätigen eines anderen Geschlechts, 26% mit Absolventen höheren/geringeren Ausbildungsniveaus, 38 % mit Arbeitnehmern anderer Staatsangehörigkeit (Inländer/Ausländer) besetzt.³⁸⁾

Insgesamt wurden knapp drei Viertel aller Plätze für betrieblich Ausgebildete mit Personen besetzt, die sich im Hinblick auf die genannten wichtigen Merkmale von den früheren Arbeitsplatzinhabern unterscheiden.

Bei Einstellungen mit (gegenüber betrieblich Ausgebildeten) geringeren oder höheren Anforderungen wurden ebenfalls zahlreiche Alternativen verwirklicht. Früher realisierte Substitution sollte gegenwärtig auch zumutbar sein, ohne daß gleich von unüberwindbaren Strukturdiscrepanzen gesprochen wird (Arbeitgeber-Flexibilität).

Schließlich entstanden während des Beschäftigungsaufschwungs 1968/69 kaum Strukturdiscrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage, weil der Zusatzbedarf an qualifizierten Arbeitskräften durch inner- wie zwischenbetriebliche Aufstiege und berufliche Förderung, der Bedarf an Geringqualifizierten aus der Zuwanderung un- und angelernter Ausländer gedeckt wurde. Bei gleicher oder gar forcierter Aufstiegsförderung und angesichts der Tatsache, daß gut die Hälfte der Arbeitslosen Un- und Angelernte sind, dürften — von Ausnahmen abgesehen — im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt bei starkem Zusatzbedarf auf allen Qualifikationsebenen gegenwärtig auch kaum qualifikationsbedingte Diskrepanzen auftreten.

5.4 Mobilität der Arbeitslosen

Geringe regionale und/oder berufliche Mobilität der Arbeitslosen sei — so wird häufig behauptet — eine der wesentlichen Ursachen für die gegenwärtige Arbeitslosigkeit. Wären Arbeitslose vor allem bereit, in ein anderes Gebiet der Bundesrepublik umzuziehen, würden sich für sie geeignete Arbeitsplätze finden lassen.

Obwohl gewisse (fast unvermeidbare) Schwierigkeiten bei der überregionalen Vermittlung von Arbeitskräften unterstellt werden dürfen, fehlt jeglicher Anhaltspunkt, daß dies einen nennenswerten Einfluß auf das gegenwärtige Niveau der Arbeitslosigkeit ausübt. Eine größere Zahl über längere Zeit unbesetzbarer Arbeitsplätze gibt es z. Z. in keiner Region der Bundesrepublik, wie sich anhand der Struktur der Offenen Stellen erkennen läßt.³⁹⁾

Immerhin 16% der beruflich wiedereingegliederten Arbeitslosen sind seit Beginn der Arbeitslosigkeit an einen anderen Ort gezogen. 28% der Langfrist-Arbeitslosen geben an, auf jeden Fall oder „vielleicht“ zu einem Umzug bereit zu sein.⁴⁰⁾ Hier taucht vor allem die Frage

nach dem Maßstab auf. Im Durchschnitt ziehen 5% der Wohnbevölkerung pro Jahr um. Im Vergleich hierzu ist die regionale Mobilität von Arbeitslosen überdurchschnittlich hoch.⁴¹⁾

Weiterhin läßt sich erkennen, daß die faktische berufliche Mobilität von beruflich wiedereingegliederten Arbeitslosen (Wirtschaftszweigwechsel, Berufswechsel, Einkommensverlust u. a.) noch größer ist als die regionale. So haben z. B. zwei von drei Arbeitslosen mit der Wiederaufnahme der Arbeit den Wirtschaftszweig gewechselt. Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen ist nach der Arbeitslosigkeit 100 DM niedriger als vor der Arbeitslosigkeit. Mobilitäts- und Weiterbildungsbereitschaft von langfristig Arbeitslosen sind ebenfalls beträchtlich, so daß Strukturveränderungen (insbesondere Veränderungen der Wirtschaftszweigstruktur aufgrund unterschiedlicher Wachstumsraten oder technischer Veränderungen) tendenziell aufgefangen werden.⁴²⁾

Im übrigen erscheint es fragwürdig — und mit dem Prinzip der Solidarität nicht vereinbar —, Strukturwandelanforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft, die in rezessiven Zeiten schwerer zu bewältigen sind als in besseren, vorrangig oder ausschließlich durch Arbeitslose ausgetragen zu lassen. Sollte insgesamt am Arbeitsmarkt mehr Flexibilität erforderlich sein, müßten sich die Anforderungen zu erhöhter Mobilität (und öffentliche Mobilitätsförderung) gleichermaßen an Arbeitslose wie Beschäftigte richten. Gleichrangig wäre dann Beschäftigten die Forderung nach erhöhter Ausschöpfung von Substitutionsspielräumen zu stellen.

5.5 „Freiwillige“ Arbeitslosigkeit

Mit zunehmender Dauer der hohen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland geht es in der arbeitsmarktpolitischen Diskussion auch zunehmend um die Frage, ob nicht die Zahl der registrierten Arbeitslosen als überhöht gelten muß, weil ein Teil dieser Arbeitslosen gar nicht ernsthaft arbeitswillig, sondern „freiwillig“ arbeitslos sei. Erste Versuche werden unternommen, den Kreis der Arbeitslosen enger bzw. neu zu definieren.

An dieser Stelle werden einige wichtige Einzelinformationen und Überlegungen zu dieser komplexen Frage vorgebracht, die in der allgemeinen Diskussion häufig nicht beachtet werden.

1. Der Kreis der registrierten Arbeitslosen ist im Arbeitsförderungsgesetz (§§ 100 ff. AFG) eindeutig gesetzlich definiert. Andere Abgrenzungen sind ohne eine Gesetzesänderung überhaupt nicht möglich. Das Vollbeschäftigungsziel gilt nicht nur für die „Kerngruppen“ am Arbeitsmarkt (vor allem Männer mittlerer Altersgruppen)!

2. Objektiv bestimmt werden kann die Zahl der Arbeitslosen, die wegen einer Ablehnung einer zumutbaren Arbeit das Arbeitslosengeld bzw. -hilfe entzogen bekommen (rund 70 000 Sperrungen im Jahr 1977 gegenüber 2,5 Mio. Neubesetzungen von Offenen Stellen durch das Arbeitsamt).

3. 82% aller Arbeitslosen versuchen auch unabhängig vom Arbeitsamt, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Bei länger anhaltender Arbeitslosigkeit ist dieser Anteil noch höher.⁴³⁾

4. Nur ein kleiner Teil der Beschwerden in Vermittlungsangelegenheiten, die bei der Hauptstelle der Bundesanstalt für Arbeit eintreffen, kommen von Arbeit-

38) Vgl. Quintessenzen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Quint-AB), Heft 7: Berufliche Flexibilität und Arbeitsmarkt, S. 16.

39) Die Annahme erscheint berechtigt, daß nahezu alle über längere Zeit unbesetzten Arbeitsplätze den Arbeitsämtern als Offene Stellen gemeldet werden.

40) Brinkmann, Ch., Arbeitslosigkeit und Mobilität (aus der Untersuchung des IAB über Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit), in: MittAB 2/1977, S. 201 ff. und MatAB Nr. 10/1976.

41) Untersuchungen über den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und regionaler Mobilität zeigen in den USA wie in der Bundesrepublik „ein leichtes Übergewicht der Wohnortwechsler bei Personen, die bereits einmal arbeitslos waren“, Hofbauer, H., E. Nagel, „Regionale Mobilität männlicher Erwerbspersonen in der Bundesrepublik Deutschland“, in: MittAB 3/1973, S. 271.

42) Brinkmann, Ch., Arbeitslosigkeit ... a. a. O. S. 217 und Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MatAB) 10/76.

43) Aus der Untersuchung des IAB über Ursachen und Auswirkungen von Arbeitslosigkeit (Repräsentativbefragung von Arbeitslosen im Jahre 1975). Einzelheiten hierzu werden in Kürze veröffentlicht, vgl. auch Einzelberichte aus dieser Untersuchung in MittAB 2/76, 3/76, 4/76, 1/77 und 2/77.

gebern, die überwiegende Mehrzahl der Beschwerden hingegen von Arbeitslosen.

5. Die Arbeitslosenquote streut regional beträchtlich und beträgt z. B. in Saarbrücken 8,2 ‰, in Neunkirchen/Saar 8,0%, dagegen in Nagold 1,4% oder in Stuttgart 1,8 ‰ (Stand Oktober 1977). Diese unterschiedlichen Zahlen belegen besonders eindrucksvoll, wie wenig sinnvoll es ist, die Arbeitslosigkeit in großen Teilen durch Arbeitsunwilligkeit erklären zu wollen, bei der eine derartige regionale Streuung kaum vorstellbar ist.

Weiterhin ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen auf die allgemein schnelle Besetzung von Offenen Stellen (Abschnitt 5.2) und die im Vergleich zu Erwerbstätigen hohe Mobilität von Arbeitslosen (Abschnitt 5.4); beides wäre bei einem hohen Ausmaß von freiwilliger Arbeitslosigkeit nicht möglich.

Soweit Arbeitslosigkeit indirekt mit dem Bezug von Sozialleistungen (vorgezogene Rente, Beitragszeiten für eine spätere Rente, Kindergeldzahlungen) verknüpft ist, besteht durchaus die Möglichkeit, daß freiwillige bzw. „unechte“ Arbeitslosigkeit in dem Sinne entsteht, daß primär nicht ein Arbeitsplatz gesucht wird, sondern vorrangig die Voraussetzungen für die Sozialleistung erfüllt werden sollen. Bislang fehlt jedoch der Nachweis, daß ein erheblicher Teil der Arbeitslosen auf solche Gruppen entfällt.

Eine Reduzierung der Zahl der Arbeitslosen über die Ausklammerung solcher Gruppen würde im übrigen Gesetzesänderungen bedingen, wie folgende Beispiele zeigen:

1. Ein 59jähriger Arbeitsloser könnte unter der Voraussetzung der Freiwilligkeit sofort zum Rentenbezieher gemacht werden, wodurch sich die Zahl der Arbeitslosen um *maximal* 43 000 Personen reduzieren ließe (ein Teil der Arbeitslosen dieses Alters hat keinen Rentenanspruch, ein anderer dürfte weiterhin darauf bestehen, eine Arbeit zu suchen).
2. Diejenigen *arbeitslosen Jugendlichen* zwischen 18 und 23 Jahren könnten aus der Arbeitslosigkeit ausgeklammert werden, die *allein* wegen des *Anspruchs auf Kindergeld* bzw. der Möglichkeit der steuerlichen Entlastung der Eltern arbeitslos gemeldet sind. Eine entsprechende Änderung des Bundeskindergeldgesetzes (§§ 2, 4 a BKGG) und der Steuergesetze hätte aber nur eine geringe Auswirkung auf die Zahl der registrierten Arbeitslosen zur Folge (insgesamt haben rd. 15 000 Arbeitslose einen solchen Anspruch; zumindest ein Teil von ihnen ist jedoch ernsthaft an Arbeit interessiert und würde sich auch ohne diesen Anspruch arbeitslos melden).
3. Durch Ausgleichszahlungen könnte die Zahl der Arbeitslosen reduziert werden um die *Frauen*, die allein

44) Vgl. Tabellen 3 und 4 im Tabellenanhang.

45) IAB-Fortschreibung vgl. Tabelle 4 im Anhang.

46) Der Anteil der teilzeitbeschäftigten Männer ist nach wie vor außerordentlich gering (unter 1%). Meist handelt es sich um Ältere bzw. Beschäftigte mit gesundheitlichen Einschränkungen.

47) Vgl. Tabelle 3 im Anhang. Wegen Umstellungen in der Statistik sind die Zahlen ab 1972 Fortschreibungen des IAB auf der Basis der laufenden Mikrozensusergebnisse.

48) Berechnungen zur abgeschlossenen Dauer der Arbeitslosigkeit lassen erkennen, daß Frauen im Durchschnitt länger arbeitslos sind als Männer. Arbeitslose Frauen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit sind wiederum länger arbeitslos als solche mit dem Wunsch nach Vollzeitarbeit. Dabei schlägt die besonders angespannte Situation auf dem Teilarbeitsmarkt für Frauen — speziell dem Arbeitsmarkt für Teilzeitkräfte — durch (längere von den Arbeitsmarktverhältnissen erzwungene Sucharbeitslosigkeit). Hier dagegen — im Zusammenhang mit der Frage der fehlenden Arbeitsbereitschaft bzw. der freiwilligen Arbeitslosigkeit bei Teilzeitarbeit suchenden Frauen — interessiert vor allem der Anteil der Langfrist-Arbeitslosen, der bei der angesprochenen Verhaltensweise besonders hoch sein müßte. Vgl. hierzu auch Egl. F., R. Leupoldt, Mehrfacharbeitslosigkeit, Dauer der Arbeitslosigkeit und Wiedereingliederung von Arbeitslosen, in: MittAB 4/1977, S. 467.

ihren *Anspruch auf Arbeitslosengeld* ausschöpfen und nach einem Jahr *freiwillig* in Hausfrauentätigkeit abgehen. Dieser Personenkreis ist allerdings nicht exakt zu quantifizieren. Auch aus sozial- und gesellschaftspolitischen Erwägungen wären derartige Ausgleichszahlungen als äußerst problematisch einzustufen. 4. Schließlich wäre auch eine Reduzierung der Arbeitslosenzahl denkbar, wenn die Regelung der *Ausfallzeiten bei der Rentenversicherung* modifiziert würde. Dies beträfe insbesondere *Frauen*, die sich allein aus rententechnischen Gründen arbeitslos melden. Allerdings ist auch hier eine exakte Quantifizierung des betroffenen Personenkreises nicht möglich. Zu beachten ist, daß diese Möglichkeit nicht für alle arbeitslosen Frauen besteht, sondern nur für diejenigen, die vor der Arbeitslosigkeit in einem Beschäftigungsverhältnis standen.

Eine entscheidende Verringerung der Zahl der registrierten Arbeitslosen wäre durch derartige oder ähnlich gelagerte gesetzliche Novellierungen nicht zu erwarten.

5.6 Teilzeitarbeit

Das Ungleichgewicht zwischen Stellenangebot und Arbeitslosenzahl ist — wie sich aus den Strukturhebungen bei Arbeitslosen und Offenen Stellen sowie der monatlichen Arbeitsmarkt-Berichterstattung entnehmen läßt — auf dem Teilzeitarbeitsmarkt besonders stark ausgeprägt.⁴⁴⁾ Bis 1973 stieg der Anteil der (aus eigenem Entschluß)⁴⁵⁾ teilzeitbeschäftigten Frauen⁴⁶⁾ auf 21 ‰ aller Arbeitnehmerinnen an, seither stagniert dieser Anteil, die absoluten Zahlen sind leicht rückläufig (1973: 1,68 Mio. Personen, 1976 1,61 Mio. Personen).⁴⁷⁾

Zwar wurde der Teilzeitarbeitsmarkt von der Rezession 1974/75 nicht überdurchschnittlich betroffen, in der sich nun anbahnenden längerfristigen Entwicklung scheint aber das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen mehr noch als in der Vergangenheit hinter den offenkundigen Wünschen bzw. der Nachfrage nach Teilzeitarbeitsplätzen zurückzubleiben.

Mitunter wird wegen der Tatsache, daß ein Teil der arbeitslosen Frauen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit zuvor in einer Vollzeitbeschäftigung gestanden hat, die Ernsthaftigkeit des Arbeitsgesuchs angezweifelt, wie überhaupt arbeitslose Frauen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit häufiger als andere Arbeitslose dem Verdacht der fehlenden Arbeitsbereitschaft ausgesetzt sind.

Anhaltspunkte dafür, daß diese *pauschalen* Vorstellungen kaum zutreffen dürften, ergeben sich aus einer vergleichenden Analyse des Anteils der Langfrist-Arbeitslosen, der bei fehlender Arbeitsbereitschaft — und dem Bemühen, vorrangig Sozialleistungen einschließlich Rentenanwartschaften zu erhalten — besonders hoch sein müßte.

Zwischen verheirateten Frauen mit dem Wunsch nach Vollzeit- bzw. Teilzeitarbeit besteht im Hinblick auf den Anteil der Langfrist-Arbeitslosen unter den jeweiligen Beständen an Arbeitslosen kaum ein Unterschied. Beide Gruppen weisen im Vergleich zu Männern (und auch nicht verheirateten Frauen) einen unterdurchschnittlichen Anteil von Arbeitslosen auf, die 2 Jahre und länger arbeitslos sind.⁴⁸⁾ Hierfür dürften die an anderer Stelle belegten Verdrängungsprozesse (Abwanderung in die „Stille Reserve“) von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Die Einschränkung des Arbeitsgesuchs auf den Vormittag, Nachmittag oder eine sonstige Zeit spielt im Hin-

blick auf den Anteil der Langfrist-Arbeitslosen ebenfalls kaum eine Rolle.

Rund ein Drittel der Frauen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit hat zwar vor der Arbeitslosigkeit in einer Vollzeitbeschäftigung gestanden, umgekehrt hat aber auch ein (geringerer) Anteil der Frauen mit dem Wunsch nach Teilzeitarbeit zuvor eine Teilzeitarbeit ausgeübt. Hier finden im Zuge der „Phasenerwerbstätigkeit“ erwartbare, d. h. vorwiegend durch Veränderungen der Familiensituation bedingte veränderte Berufswünsche ihren Niederschlag. Der Anteil der Langfrist-Arbeitslosen wird hierdurch nicht beeinflusst.

5.7 „Strukturalisierung“ der Arbeitslosigkeit

Untersuchungen zeigen, daß die berufs- und regionenspezifischen Diskrepanzen zwischen Angebots- und Bedarfsprofilen bei den Arbeitskräften in der Rezession von 1966/67 größer waren als in der wesentlich ausgeprägteren Rezession von 1974/75. Darüber hinaus ergab sich, daß das Tempo des Strukturwandels (gemessen an den Verschiebungen der Beschäftigtenzahlen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen) in Zukunft eher schwächer als stärker im Vergleich mit der Vergangenheit werden dürfte.⁴⁹⁾ Wenn auch diese Untersuchungen dagegen sprechen, daß die Ursachen der Arbeitslosigkeit primär in den auseinanderfallenden Strukturen auf der Angebots- und Nachfrageseite des Arbeitsmarktes liegen, so darf jedoch nicht übersehen werden, daß mit zunehmender Dauer der Unterbeschäftigung das Arbeitslosenproblem sowohl aus globaler als auch aus individueller Sicht schließlich doch struktureller Natur werden kann. Zum einen wird nämlich der Arbeitslosenbestand immer öfter „durchgesiebt“ mit der Folge, daß darin immer mehr Problempersonen enthalten sind.⁵⁰⁾ Zum anderen wird ein Arbeitsloser mit zunehmender Dauer seiner Arbeitslosigkeit immer schwerer vermittelbar: Probleme der Desintegration (in sozialer, ökonomischer, psychischer und physischer Hinsicht und nach seinen Kenntnissen und Fähigkeiten) nehmen im Laufe der Zeit erheblich zu.

Als Problemgruppen unter den Arbeitslosen haben sich bereits herauskristallisiert:⁵¹⁾

1. Ungelernte

Arbeitslose sind überdurchschnittlich häufig nicht oder zu wenig qualifiziert. Zugleich sind die Ansprüche der Arbeitgeber infolge des großen Angebots gestiegen. Etwa 54% aller Arbeitslosen haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Damit ist diese Gruppe deutlich überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen, denn etwa 32% aller abhängig Beschäftigten haben keinen Ausbil-

dungsabschluß. Der Anteil der Ungelernten ist bei den langfristig Arbeitslosen noch höher; bei denen, die länger als ein Jahr einen Arbeitsplatz suchen, liegt er bei rund 60%.

2. Frauen

Bereits ab 1971 lag der Frauenanteil unter den Arbeitslosen mit etwa 45% im Jahresdurchschnitt wesentlich höher als der Frauenanteil an sämtlichen Beschäftigten mit etwa 35%. Ein Minimum verzeichnete der Frauenanteil unter den Arbeitslosen auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 1975 mit 42,0%, seitdem steigt er aber wieder stark an (Jahresdurchschnitt 1977: 49,7%). Eine der Ursachen für die überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit der Frauen liegt ohne Zweifel im Teilzeitbereich, da Frauen häufig Berufstätigkeit und familiäre Verpflichtungen in Einklang bringen müssen. Darüber hinaus spielt u. a. der im Vergleich zu den Männern niedrigere Ausbildungsstand eine Rolle; desgleichen die Tatsache, daß bei Entlassungen häufig soziale Gesichtspunkte (z. B. zugunsten allein verdienender Familienväter) berücksichtigt werden.

3. Ältere Arbeitnehmer

Bedingt durch den erheblich verbesserten Kündigungsschutz für Ältere und die gesetzlichen Möglichkeiten zur Frühverrentung ist die Gruppe der (über 55 Jahre) Älteren nicht so stark wie früher (z. B. 1966/67) von Arbeitslosigkeit betroffen, sie weist aber eine stark überdurchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit auf (durchschnittlich 29,2 Wochen gegenüber durchschnittlich 13,5 Wochen bei allen Arbeitslosen).⁵²⁾ Ältere Arbeitnehmer sind folglich beim Aufbau, aber auch beim Abbau der Arbeitslosigkeit nur unterproportional beteiligt. Die Wiedereingliederungschancen sind außerordentlich schlecht. „Die Wiedereingliederungsquote sinkt in den höchsten Altersgruppen beträchtlich, bei den 57- bis 58jährigen beträgt sie nur noch 10%. Die ab dem 59. Lebensjahr (bzw. dem 60. Lebensjahr, wenn der Wiedereingliederungszeitraum hinzugezählt wird) schlagartig auf zwei Drittel und mehr der Arbeitslosen ansteigenden Abgänge in Rente lassen erkennen, in welchem hohem Ausmaß von der Möglichkeit der vorzeitigen Rente Gebrauch gemacht wird. Faktisch kommt dies in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit einer Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze für Arbeitslose gleich.“⁵³⁾

4. Erwerbspersonen mit gesundheitlichen Einschränkungen

Dieser Personenkreis trägt offenbar, ähnlich den älteren Beschäftigten, ein unterdurchschnittliches Risiko während des konjunkturellen Abschwungs, jedenfalls nimmt ihr Anteil an den Arbeitslosen bis zum Höhepunkt der Rezession ab. Die Wiedereingliederungschancen sind aber ebenfalls äußerst schlecht. Dies ist die Ursache dafür, daß der Anteil dieser Gruppe an allen Arbeitslosen nach 1975 wieder ansteigt (September 1975: 20%, September 1976: 25%). Der Anteil von langfristig Arbeitslosen in dieser Gruppe ist — ebenso wie bei den älteren Arbeitslosen ohne Verrentungsmöglichkeit — stark überdurchschnittlich hoch. Von den seit mehr als einem Jahr arbeitslosen Bewerbern sind etwa 45% gesundheitlich eingeschränkt.

Eine Vermittlung ist naturgemäß immer dann besonders schwierig, wenn im Einzelfall mehrere der aufgezählten Probleme zusammentreffen. Um der Gefahr einer weite-

49) Vgl. dazu: Autorengemeinschaft (Cramer, U., W. Klauer, D. Mertens, L. Reyher, E. Spitznagel), Zum Problem der „strukturellen Arbeitslosigkeit“, in: MittAB, 1/1976, S. 70 ff.

50) Dies folgt nicht zuletzt auch daraus, daß in Zeiten andauernder Unterbeschäftigung die Beschäftigungsstruktur in den Unternehmen relativ problemlos verbessert werden kann. Die zunehmende Strukturalisierung läßt sich auch daraus erkennen, daß die durchschnittliche bisherige Dauer der Arbeitslosigkeit (der Bestände von Arbeitslosen an einem Stichtag) auch 1977 noch angestiegen ist, während die abgeschlossene Dauer der Arbeitslosigkeit (der Abgänge) leicht zurückgegangen ist. Vgl. Egle, F., in diesem Heft.

51) Vgl. dazu auch Brinkmann, Ch., K. Schober-Gottwald, Zur beruflichen Wiedereingliederung von Arbeitslosen während der Rezession 1974/75, in: MittAB, 2/1976, insb. S. 113-116.

52) Vgl. dazu z. B. Egle, F., R. Leupoldt, Mehrfacharbeitslosigkeit, ... a. a. O., S. 467. Karr, W., Zur Altersstruktur der Arbeitslosen. Analyse ihrer längerfristigen Entwicklung, in: MittAB 3/1977.

53) Brinkmann, Ch., K. Schober-Gottwald, a. a. O., S. 114. Wiedereingliederungsquote = Anteil der Arbeitslosen, die zum Zeitpunkt der Untersuchung (1 Jahr nach dem Stichtag) in einem Beschäftigungsverhältnis standen.

ren und dauerhaften Strukturalisierung der Arbeitslosigkeit zu begegnen, werden gezielte, arbeitsmarktpolitische Hilfen für diese Problemgruppen unumgänglich. Die bisher durchgeführten Maßnahmen müssen intensiviert und um weitere Maßnahmen ergänzt werden, so z.B.: Verstärkte Gewährung von Einarbeitungszuschüssen; Ausdehnung der Fortbildungs- und Umschulungsbemühungen; intensivere und längere Grundausbildung zur Verringerung des Anteils derer, die keinen Ausbildungsabschluß haben; zunehmende Förderung der Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten (insbesondere auch im öffentlichen Dienst); Erweiterung der flexiblen Ruhestandregelung; vorrangige Berücksichtigung von Arbeitslosen mit Handicaps bei der Besetzung von Arbeitsplätzen, die durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen neugeschaffen oder von der öffentlichen Hand gefördert werden.

5.8 Zur Stillen Reserve

Die im konjunkturellen Auf und Ab zu beobachtenden positiven wie negativen Veränderungen des Beschäftigtenstandes schlagen sich erfahrungsgemäß nur zu einem Teil in entsprechenden Veränderungen der Zahl der registrierten Arbeitslosen nieder. Ursache dafür ist insbesondere, daß zum einen die Ausländerbeschäftigung und zum anderen die ‚Stille Reserve‘ als konjunktureller Puffer‘ wirkt (von Veränderungen der Zahl des deutschen Erwerbspersonenpotentials einmal abgesehen).⁵⁴⁾

54) So ist beispielsweise die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1973 und 1976 (jeweils Jahresdurchschnitt) um gut 1,6 Millionen zurückgegangen, während sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im gleichen Zeitraum „nur“ um knapp 800 000 Personen, also um weniger als die Hälfte, erhöht hat. Ein Teil dieser Differenz erklärt sich durch die Rückwanderung von Ausländern (rund 300 000 Personen). Es verbleibt eine „Restgröße“ von mehr als 500 000 Personen, etwa genau einem Drittel des gesamten Beschäftigungsrückgangs. Diese Zahl ergibt sich als Saldo aus der rückläufigen Entwicklung des deutschen Erwerbspersonenpotentials (-72 000 Personen) und einer konjunkturellen Beeinträchtigung der effektiven Erwerbsbeteiligung (Zunahme der ‚Stillen Reserve‘ um rund 460 000 Personen).

55) Zu den verschiedenen möglichen Potentialbegriffen vgl. Klauer, W., G. Kühlewind, Zur längerfristigen Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots in der Bundesrepublik Deutschland. Technik, Probleme, Möglichkeiten und Grenzen, in Mitt(LAB), 10/1969, insbes. S. 795-S. 799.

58) Da der Rückgriff auf die amtliche Statistik (Mikrozensus) nur in beschränktem Umfang solche Aufgliederungen zuläßt, geht es auch darum, durch Befragungen der betreffenden Personengruppen über ihre potentielle und effektive Erwerbsbeteiligung zusätzliche Daten zu gewinnen.

Die ‚Stille Reserve‘ wird definiert als der Teil des Erwerbspersonenpotentials, der weder erwerbstätig noch bei den Arbeitsämtern arbeitslos gemeldet ist und aller Erfahrung nach bei besserer Arbeitsmarktsituation um eine Arbeit nachsuchen würde. Das Erwerbspersonenpotential ist das Gesamtangebot an Arbeitskräften, das unter Berücksichtigung der demographischen Veränderungen und der trendmäßigen Entwicklungen im spezifischen Erwerbsverhalten errechnet wird.⁵⁵⁾ Die Ermittlung und Fortschreibung des Erwerbspersonenpotentials orientiert sich insbesondere an den Werten, die in Jahren der Vollbeschäftigung realisiert wurden.

Die ‚Stille Reserve‘ ist also eine Art unfreiwillige, konjunkturbedingte Erwerbslosigkeit neben der offenen registrierten Arbeitslosigkeit. Sie ist – nicht nur definitorisch, sondern auch empirisch eindeutig nachweisbar — vorübergehender Natur, bildet sich also bei entsprechender Nachfragebelebung am Arbeitsmarkt wieder zurück.

Hierin liegt — ganz ungeachtet der sozialpolitischen Bewertung dieser Form von Unterbeschäftigung — vor allem die arbeitsmarktpolitische Bedeutung der ‚Stillen Reserve‘. So wie einerseits ein Beschäftigungsrückgang zum beträchtlichen Teil in der ‚Stillen Reserve‘ „aufgefangen“ wird, so wird auf der anderen Seite im Aufschwung oder aber bei gezielten Maßnahmen zur Schaffung bzw. Bereitstellung von Arbeitsplätzen ein Beschäftigungsanstieg zum Teil aus der ‚Stillen Reserve‘ gespeist, schlägt sich demzufolge also auch nur zu einem entsprechend geringeren Teil im Abbau der offenen Arbeitslosigkeit nieder. Eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik kann deshalb dieses Arbeitsmarktkonto nicht aus der Betrachtung ausklammern.

Die Struktur der aus ganz unterschiedlichen Personengruppen zusammengesetzten ‚Stillen Reserve‘ läßt sich mit den verfügbaren Statistiken nur in groben Zügen aufzeigen. Auch sind die einzelnen Teilgruppen der ‚Stillen Reserve‘ (verheiratete Frauen mittlerer Altersjahrgänge, Jugendliche, Ältere, Behinderte, zusätzliche Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen, in der Bundesrepublik lebende Ausländer) aus arbeitsmarkt- wie auch aus sozialpolitischer Sicht sicherlich unterschiedlich zu beurteilen.⁵⁶⁾

Tabellenanhang

Tabelle 1
Wohnbevölkerung, Potentialerwerbsquoten und Erwerbspersonenpotential nach Geschlecht 1963 bis 1978 (Inländerkonzept) – Deutsche und Ausländer – in Tausend* –

Jahr	Erwerbsmerkmale	Deutsche und Ausländer			Deutsche			Ausländer ²⁾		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1963	Wohnbevölkerung	27 102	30 287	57 389	26 334	29 910	56 244	768	377	1 145
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 571	24 086	44 657	19 903	23 801	43 704	668	285	953
	Erwerbsquoten	82,81	41,08	60,30	82,59	40,89	59,88	89,52	57,19	79,85
	Erwerbspotential	17 035	9 895	26 930	16 437	9 732	26 169	598	163	761
1964	Wohnbevölkerung	27 411	30 560	57 971	26 511	30 124	56 635	900	436	1 336
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 749	24 232	44 981	19 973	23 902	43 875	776	330	1 106
	Erwerbsquoten	82,33	40,60	59,85	82,09	40,31	59,33	88,53	61,82	80,56
	Erwerbspotential	17 083	9 839	26 922	16 396	9 635	26 031	687	204	891
1965	Wohnbevölkerung	27 787	30 832	58 619	26 682	30 302	56 984	1 105	530	1 635
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	20 995	24 384	45 378	20 048	23 982	44 030	947	402	1 348
	Erwerbsquoten	81,88	40,37	59,58	81,54	39,95	58,89	89,02	65,17	81,97
	Erwerbspotential	17 190	9 844	27 034	16 347	9 582	25 929	843	262	1 105
1966	Wohnbevölkerung	28 062	31 086	59 148	26 844	30 473	57 317	1 218	613	1 831
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 139	24 516	45 655	20 103	24 051	44 154	1 036	465	1 501
	Erwerbsquoten	81,45	39,92	59,15	81,10	39,37	58,37	88,22	68,82	82,21
	Erwerbspotential	17 217	9 788	27 005	16 303	9 468	25 771	914	320	1 234
1967	Wohnbevölkerung	28 047	31 239	59 286	27 067	30 644	57 711	980	595	1 575
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 034	24 565	45 600	20 207	24 113	44 320	827	452	1 280
	Erwerbsquoten	80,69	39,49	58,49	80,36	38,97	57,85	88,63	66,81	80,86
	Erwerbspotential	16 972	9 700	26 672	16 239	9 398	25 637	733	302	1 035
1968	Wohnbevölkerung	28 131	31 369	59 500	27 151	30 773	57 924	980	596	1 576
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 029	24 611	45 640	20 213	24 163	44 376	816	448	1 264
	Erwerbsquoten	79,98	39,05	57,91	79,62	38,50	57,23	88,73	68,75	81,65
	Erwerbspotential	16 818	9 611	26 429	16 094	9 303	25 397	724	308	1 032
1969	Wohnbevölkerung	28 479	31 589	60 068	27 259	30 857	58 116	1 230	732	1 962
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 296	24 759	46 056	20 274	24 197	44 471	1 022	562	1 584
	Erwerbsquoten	79,63	38,68	57,61	78,88	37,90	56,58	94,42	72,42	86,62
	Erwerbspotential	16 958	9 577	26 535	15 993	9 170	25 163	965	407	1 372
1970	Wohnbevölkerung	28 867	31 784	60 651	27 341	30 871	58 212	1 526	913	2 439
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	21 660	24 932	46 593	20 361	24 234	44 595	1 299	698	1 998
	Erwerbsquoten	79,31	38,66	57,56	78,10	37,59	56,08	98,38	75,79	90,44
	Erwerbspotential	17 179	9 638	26 817	15 901	9 109	25 010	1 278	529	1 807
1971	Wohnbevölkerung	29 265	32 037	61 302	27 433	30 907	58 339	1 832	1 131	2 963
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 024	25 163	47 187	20 491	24 312	44 803	1 533	851	2 384
	Erwerbsquoten	78,36	38,72	57,22	76,83	37,55	55,51	98,76	72,15	89,26
	Erwerbspotential	17 257	9 743	27 000	15 743	9 129	24 872	1 514	614	2 128
1972	Wohnbevölkerung	29 468	32 204	61 672	27 412	30 889	58 301	2 056	1 315	3 371
	darunter:									
	Personen über 14 Jahre	22 267	25 363	47 630	20 575	24 386	44 960	1 692	977	2 670
	Erwerbsquoten	77,34	38,73	56,78	75,90	37,51	55,08	94,86	69,29	85,47
	Erwerbspotential	17 221	9 824	27 045	15 616	9 147	24 763	1 605	677	2 282

noch Tabelle 1

Wohnbevölkerung, Potentialerwerbsquoten und Erwerbspersonenpotential nach Geschlecht 1963 bis 1978 (Inländerkonzept) – Deutsche und Ausländer – in Tausend*) –

Jahr	Erwerbsmerkmale	Deutsche und Ausländer			Deutsche			Ausländer ²⁾		
		Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
	Wohnbevölkerung	29 646	32 330	61 976	27 374	30 829	58 203	2 272	1 501	3 773
	darunter:									
1973	Personen über 14 Jahre	22 532	25 572	48 105	20 687	24 467	45 154	1 845	1 106	2 951
	Erwerbsquoten	76,19	38,98	56,41	74,60	37,63	54,57	94,09	68,71	84,58
	Erwerbspotential	17 168	9 967	27 135	15 432	9 207	24 639	1 736	760	2 496
	Wohnbevölkerung	29 669	32 385	62 054	27 291	30 742	58 033	2 377	1 644	4 021
	darunter:									
1974	Personen über 14 Jahre	22 685	25 746	48 431	20 797	24 554	45 351	1 888	1 192	3 080
	Erwerbsquoten	74,80	38,97	55,76	73,51	37,63	54,08	89,04	66,61	80,36
	Erwerbspotential	16 969	10 034	27 003	15 288	9 240	24 528	1 681	794	2 475
	Wohnbevölkerung	29 499	32 330	61 829	27 207	30 646	57 854	2 292	1 684	3 976
	darunter:									
1975	Personen über 14 Jahre	22 692	25 851	48 543	20 924	24 655	45 579	1 768	1 196	2 964
	Erwerbsquoten	74,02	38,99	55,37	72,77	37,68	53,79	88,86	66,14	79,69
	Erwerbspotential	16 797	10 080	26 877	15 226	9 289	24 515	1 571	791	2 362
	Wohnbevölkerung	29 316	32 215	61 531	27 123	30 535	57 658	2 193	1 680	3 873
	darunter:									
1976 ¹⁾	Personen über 14 Jahre	22 731	25 931	48 662	21 072	24 764	45 836	1 659	1 167	2 826
	Erwerbsquoten	73,26	38,96	54,98	72,13	37,78	53,57	87,58	64,01	77,85
	Erwerbspotential	16 652	10 104	26 756	15 199	9 357	24 556	1 453	747	2 200
	Wohnbevölkerung	29 250	32 150	61 400	27 050	30 466	57 516	2 200	1 684	3 884
	darunter:									
1977 ²⁾	Personen über 14 Jahre	22 825	26 060	48 885	21 213	24 893	46 106	1 612	1 167	2 779
	Erwerbsquoten	72,67	38,82	54,62	71,63	37,73	53,32	86,35	62,21	76,21
	Erwerbspotential	16 586	10 117	26 703	15 194	9 391	24 585	1 392	726	2 118
	Wohnbevölkerung	29 207	32 123	61 330	27 015	30 415	57 430	2 192	1 708	3 900
	darunter:									
1978 ²⁾	Personen über 14 Jahre	22 940	26 176	49 116	21 366	25 012	46 378	1 574	1 164	2 738
	Erwerbsquoten	72,18	38,81	54,40	71,15	37,76	53,14	86,09	61,43	75,60
	Erwerbspotential	16 557	10 160	26 717	15 202	9 445	24 647	1 355	715	2 070

²⁾ Geringe Differenzen durch Runden der Zahlen. Bezugsbasis für die Erwerbsquoten: Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren

¹⁾ Vorläufig

²⁾ Schätzung; Deutsche Wohnbevölkerung aus der Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes (BVB 05, Basis 1. 1. 75) mit Wanderungsmodell (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 6/1976)

³⁾ Erwerbstätige und arbeitslose Ausländer ohne Einpendler (einschl. Selbständige und Mithelfende) sowie ausländische Wohnbevölkerung, Neuberechnet unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung 1970 und der neuen Bevölkerungszahlen für Deutsche und Ausländer von 1970 bis 1974 (jeweils 31. 12.). Bis zum Jahre 1973 entsprachen die Potentialerwerbsquoten den effektiven Erwerbsquoten. Ab 1974 liegen auch die hier ausgewiesenen Potentialerwerbsquoten über den effektiven Erwerbsquoten (Bildung einer »Stillen Reserve«)
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen

Tabelle 2
Absolute Veränderungen der Erwerbsquoten von Deutschen gegenüber dem Vorjahr 1963 bis 1978 (Inländerkonzept)
 — in %-Punkten —

Jahr	Potentialerwerbsquoten ³⁾	Komponenten der Potentialerwerbsquotenänderung			Effektive Erwerbsquoten ⁷⁾	Konjunkturelle Abweichung (Spalte 6 minus Spalte 2)
		Demographisch	Trend, institutionell	Sondereinflüsse		
1	2	3	4	5	6	7
1963	— 0,26	— 0,21	— 0,05	—	— 0,26	—
1964	— 0,55	— 0,27	— 0,28	—	— 0,55	—
1965	— 0,44	— 0,33	— 0,11	—	— 0,44	—
1966	— 0,52	— 0,33	— 0,11	— 0,08 ⁴⁾	— 0,62	— 0,10
1967	— 0,52	— 0,24	— 0,15	— 0,13 ⁴⁾	— 1,02	— 0,50
1968	— 0,62	— 0,24	— 0,32	— 0,06 ⁴⁾	— 0,33	+ 0,29
1969	— 0,65	— 0,18	— 0,36	— 0,11 ⁵⁾	— 0,34	+ 0,31
1970	— 0,50	— 0,11	— 0,39	—	— 0,50	—
1971	— 0,57	— 0,11	— 0,46	—	— 0,77	— 0,20
1972	— 0,43	— 0,11	— 0,32	—	— 0,55	— 0,12
1973	— 0,51	— 0,06	— 0,27	— 0,18 ⁶⁾	— 0,53	— 0,02
1974	— 0,49	— 0,05	— 0,26	— 0,18 ⁶⁾	— 0,50	— 0,01
1975	— 0,29	— 0,02	— 0,27	—	— 0,62	— 0,33
1976 ¹⁾	— 0,22	+ 0,03	— 0,25	—	— 0,45	— 0,23
1977 ²⁾	— 0,25	+ 0,07	— 0,32	—	— 0,40	— 0,15
1978 ²⁾	— 0,18	+ 0,10	— 0,28	—	— 0,29	— 0,11

- 1) Vorläufig
 2) Schätzung
 3) Aus Tabelle 1, Spalte 8
 4) Einfluß der Frühverrentung und des Ausscheidens von Rentnern aus dem Erwerbsleben (geschätzt)
 5) Einführung des 9. Schuljahres in Bayern
 6) Vermutliche Entzugswirkung der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze (geschätzt)
 7) Deutsche Erwerbspersonen, bezogen auf die deutsche Wohnbevölkerung im Alter von mehr als 14 Jahren aus Tabelle 1

Tabelle 3
Umfang und Entwicklung der Teilzeitbeschäftigung aus eigenem Entschluß*) von beschäftigten Arbeitnehmerinnen nach Wirtschaftsabteilungen von 1960 bis 1976 — Jahresdurchschnitt —

Wirtschaftsabteilungen	Teilzeitquoten in % ¹⁾ von beschäftigten Arbeitnehmerinnen											
	1960	1965	1966	1967	1970	1971	1972 ²⁾	1973	1974	1975	1976	
Land- und Forstwirtschaft	6,7	12,4	14,0	16,0	18,4	18,0	16,3	16,2	14,6	15,9	14,1	
Energiewirtschaft und Bergbau	
Verarbeitendes Gewerbe	6,4	12,6	13,9	13,8	17,3	18,0	18,8	19,5	18,6	18,9	18,0	
Baugewerbe	9,3	14,9	16,8	21,0	23,4	26,1	26,2	25,8	28,0	27,6	28,9	
Handel	7,3	15,3	17,2	17,9	24,3	26,2	27,5	28,8	28,5	28,7	28,4	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7,5	13,2	15,1	12,6	20,1	21,2	21,0	20,9	20,8	22,9	22,2	
Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen	3,0	8,1	10,0	10,3	13,9	15,3	16,5	16,1	16,8	17,8	16,8	
Sonstige Dienstleistungen	6,5	11,9	13,1	13,9	17,5	20,1	21,7	21,6	21,4	22,0	22,1	
Organisationen ohne Erwerbscharakter und Private Haushalte	7,7	15,5	15,4	18,1	22,2	24,5	25,8	25,6	26,7	27,6	26,5	
Staat	4,0	5,4	5,7	6,1	11,1	13,2	15,0	16,6	16,1	16,6	16,4	
Gesamte Wirtschaft	6,4	12,2	13,5	13,8	18,1	19,6	20,7	21,3	20,9	21,3	21,1	
Teilzeitbeschäftigte Frauen in der Gesamtwirtschaft — in 1 000 Personen —	436	897	988	978	1 367	1 501	1 597	1 675	1 631	1 622	1 608	

- 1) Teilzeitbeschäftigte aus eigenem Entschluß in v. H. aller beschäftigten Arbeitnehmerinnen.
 2) Ab dem Jahre 1972 Fortschreibung der Teilzeitquoten aus eigenem Entschluß durch die laufenden Mikrozensusergebnisse (%-Anteil der Frauen, die normalerweise in der Woche weniger als 40 Stunden arbeiten).
 *) Frauen, die aus eigenem Entschluß in der Woche weniger als die betriebliche (tarifliche) Arbeitszeit arbeiten.
 Quelle: Statistisches Bundesamt (Fachserie A, Reihe 6, I.), eigene Berechnungen des IAB.

Tabelle 4
Arbeitsuchende, registrierte Arbeitslose, offene Stellen und Vermittlungen*) für Teilzeitarbeit im Verhältnis zu den entsprechenden Gesamtzahlen für Frauen von 1964 bis 1976

Arbeitsuchende, registrierte Arbeitslose, offene Stellen, Vermittlungen	= Jahresdurchschnitte, -summen =													
	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	
1. Arbeitsuchende für Teilzeitarbeitsplätze	18 219	16 434	20 025	38 932	37 273	31 077	34 220	45 668	57 599	69 831	113 235	165 623	190 945	
2. Arbeitsuchende insgesamt	104 987	88 774	97 852	183 560	145 771	114 938	124 464	158 817	188 874	218 792	360 337	546 941	601 966	
3. $\frac{1}{10}$ -Anteil Arbeitsuchende Teilzeit an insgesamt (1) : (2)	17,4	18,5	20,5	21,2	25,6	27,0	27,5	28,8	30,5	31,9	31,4	30,3	31,7	
4. Registrierte Teilzeitarbeitslose	83 314	141 169	164 409	
5. Registrierte Arbeitslose insgesamt	54 263	41 604	44 535	124 387	88 331	57 988	55 947	84 279	105 815	123 555	257 796	451 590	493 825	
6. $\frac{1}{10}$ -Anteil Teilzeitarbeitslose an insgesamt (4) : (5)	32,3	31,3	33,3	
7. Offene Stellen <i>nur</i> für Teilzeitarbeit	17 956	22 961	20 646	16 676	21 176	27 825	32 353	28 620	26 061	25 338	21 193	21 626	17 630	
8. $\frac{1}{10}$ -Anteil offene Stellen für Teilzeitarbeit an offenen Stellen insgesamt (7) : (13)	7,0	7,8	7,9	10,2	9,3	9,1	10,8	11,9	12,4	12,7	16,9	20,3	18,4	
9. Offene Stellen <i>für</i> Ganztags- oder Teilzeitarbeit	24 516	35 482	30 617	9 820	18 032	36 286	39 809	27 946	22 256	19 600	9 918	6 312	.	
10. $\frac{1}{10}$ -Anteil offene Stellen für Ganztags- oder Teilzeitarbeit an offenen Stellen insgesamt (9) : (13)	9,6	12,1	11,8	6,0	7,9	11,8	13,3	11,6	10,6	9,9	7,9	5,9	.	
11. Offene Stellen <i>nur</i> für Teilzeitarbeit/ für Ganztags- oder Teilzeitarbeit (7) + (9)	42 472	58 443	51 263	26 496	39 208	64 111	72 162	56 566	48 317	44 938	31 111	26 932	.	
12. $\frac{1}{10}$ -Anteil offene Stellen <i>nur</i> für Teilzeit- arbeit/Ganztags- oder Teilzeitarbeit an offenen Stellen für Frauen insgesamt (11) : (13)	16,6	20,0	19,7	16,3	17,2	20,9	24,10	23,4	23,0	22,6	24,8	25,3	.	
13. Offene Stellen für Frauen insgesamt	255 287	292 579	260 305	162 939	227 882	306 615	299 306	241 325	210 424	198 874	125 627	106 607	95 657	
14. Vermittlungen*) in Teilzeitarbeit $\frac{1}{10}$ -Anteil an Vermittlungen*) für Frauen insgesamt (14) : (15)	75 071	84 837	99 689	103 129	110 408	119 744	120 008	115 192	114 103	108 651	94 747	83 581	83 294	
15. Vermittlungen für Frauen insgesamt	651 528	619 488	641 411	642 528	657 662	663 962	666 350	636 482	623 371	624 602	527 696	505 213	542 403	

*) Ohne Vermittlungen in Arbeitsverhältnisse von weniger als 7 Tagen.
Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), eigene Berechnungen.

Tabelle 5
Wohnbevölkerung und Erwerbstätige (Beschäftigungsortskonzept) nach Bundesländern und Landesarbeitsamtsbezirken 1970, 1976 bis 1978 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer Landesarbeitsamtsbezirke	Wohnbevölkerung 1) (in Tausend)				Erwerbstätige 2) (in Tausend)					
								Variante 3)		
	1970	1976	1977	1978	1970	1976	1977	I B 1978	II B 1978	III B 1978
Schleswig-Holstein	2494,1	2583,4	2586,4	•	918,7	898,7	897,3	898,1	903,2	909,8
Hamburg	1793,8	1708,3	1688,4	•	961,7	896,2	892,8	890,6	896,7	902,3
Schleswig-Holstein/Hamburg	4287,9	4291,7	4274,8	•	1880,4	1794,9	1790,1	1788,7	1799,9	1812,1
Niedersachsen	7082,2	7231,6	7226,3	•	2945,8	2748,4	2730,1	2716,7	2733,9	2752,2
Bremen	722,7	713,6	706,5	•	370,4	358,4	357,6	355,8	358,0	360,4
Niedersachsen/Bremen	7804,9	7945,2	7932,8	•	3316,2	3106,8	3087,7	3072,4	3091,9	3112,6
Nordrhein-Westfalen	16914,1	17095,9	17051,0	•	6998,2	6533,6	6510,2	6483,2	6524,3	67,9
Hessen	5381,7	5542,5	5539,6	•	2441,5	2313,0	2309,2	2306,2	2320,3	2336,3
Rheinland-Pfalz	3645,4	3656,9	3645,1	•	1457,1	1346,6	1340,2	1335,9	1342,6	1353,4
Saarland	1119,7	1092,8	1085,2	•	441,3	420,6	418,7	415,5	418,6	420,9
Rheinland-Pfalz/Saarland	4765,1	4749,7	4730,3	•	1898,4	1767,1	1758,9	1751,4	1761,2	1774,3
Baden-Württemberg	8895,0	9135,1	9120,2	•	4259,8	4047,8	4044,9	4045,2	4068,0	4098,0
Nordbayern	4825,8	•	•	•	2147,9	2017,2	2013,9	2007,7	2020,2	2033,9
Südbayern	5653,6	•	•	•	2673,6	2598,9	2594,6	2587,3	2602,7	2621,1
Bayern	10479,4	10803,6	10813,9	•	4821,5	4616,1	4608,6	4595,0	4623,0	4655,0
Berlin (West)	2122,3	1967,3	1937,4	•	954,0	853,6	843,4	835,9	839,4	846,8
Bundesrepublik Deutschland	60650,6	61531,0	61400,0	61330,0	26570,0	25033,0	24953,0	24878,0	25028,0	25203,0

Relativzahlen

Schleswig-Holstein	4,1	4,2	4,2	•	3,5	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6
Hamburg	3,0	2,8	2,7	•	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6	3,6
Schleswig-Holstein/Hamburg	7,1	7,0	7,0	•	7,1	7,2	7,2	7,2	7,2	7,2
Niedersachsen	11,7	11,7	11,8	•	11,1	11,0	10,9	10,9	10,9	10,9
Bremen	1,2	1,2	1,2	•	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Niedersachsen/Bremen	12,9	12,9	12,9	•	12,5	12,4	12,4	12,4	12,4	12,4
Nordrhein-Westfalen	27,9	27,8	27,8	•	26,3	26,1	26,1	26,1	26,1	26,1
Hessen	8,9	9,0	9,0	•	9,2	9,2	9,3	9,3	9,3	9,3
Rheinland-Pfalz	6,0	5,9	5,9	•	5,5	5,4	5,4	5,4	5,4	5,4
Saarland	1,8	1,8	1,8	•	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7	1,7
Rheinland-Pfalz/Saarland	7,8	7,7	7,7	•	7,1	7,1	7,1	7,0	7,0	7,0
Baden-Württemberg	14,7	14,8	14,9	•	16,0	16,2	16,2	16,3	16,3	16,3
Nordbayern	8,0	•	•	•	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1	8,1
Südbayern	9,3	•	•	•	10,1	10,4	10,4	10,4	10,4	10,4
Bayern	17,3	17,6	17,6	•	18,2	18,4	18,5	18,5	18,5	18,5
Berlin (West)	3,5	3,2	3,1	•	3,6	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
Bundesrepublik Deutschland	100	100	100	•	100	100	100	100	100	100

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

Schleswig-Holstein	-2,0	-0,1	+0,1	•	+0,7	•	-0,2	+0,1	+0,7	+1,4
Hamburg	-1,4	-1,1	-1,2	•	+0,7	•	-0,4	-0,2	+0,4	+1,1
Schleswig-Holstein/Hamburg	-1,8	-0,4	-0,4	•	+0,7	•	-0,3	-0,1	+0,5	+1,2
Niedersachsen	+0,2	-0,3	-0,1	•	+0,9	•	-0,7	-0,5	+0,1	+0,8
Bremen	-4,3	-1,0	-1,0	•	+1,1	•	-0,2	-0,5	+0,1	+0,8
Niedersachsen/Bremen	-0,3	-0,4	-0,2	•	+0,9	•	-0,6	-0,5	+0,1	+0,8
Nordrhein-Westfalen	-0,8	-0,5	-0,3	•	+1,2	•	-0,4	-0,4	+0,2	+0,9
Hessen	+0,0	-0,4	-0,1	•	+1,7	•	-0,2	-0,1	+0,5	+1,2
Rheinland-Pfalz	-0,4	-0,6	-0,3	•	+0,7	•	-0,5	-0,3	+0,2	+1,0
Saarland	-0,8	-0,6	-0,7	•	+2,1	•	-0,4	-0,8	-0,0	+0,5
Rheinland-Pfalz/Saarland	-0,5	-0,6	-0,4	•	+1,0	•	-0,5	-0,4	+0,1	+0,9
Baden-Württemberg	+0,9	-0,6	-0,2	•	+2,0	•	-0,1	+0,0	+0,6	+1,3
Nordbayern	•	•	•	•	+0,4	•	-0,2	-0,3	+0,3	+1,0
Südbayern	•	•	•	•	+1,5	•	-0,2	-0,3	+0,3	+1,0
Bayern	-0,1	-0,2	+0,1	•	+1,0	•	-0,2	-0,3	+0,3	+1,0
Berlin (West)	-0,7	-0,9	-1,5	•	+0,6	•	-1,2	-0,9	-0,5	+0,4
Bundesrepublik Deutschland	-0,3	-0,5	-0,2	-0,1	+1,3	-0,9	-0,3	-0,3	+0,3	+1,0

1) Quelle: Statistisches Bundesamt (1970, 1976 und I. Halbjahr 1977);
 Jahresdurchschnitt 1977 geschätzt

2) BeitrAB 3.2 (für 1970 geringfügige Umrechnung vorgenommen);
 eigene Berechnungen 1976 bis 1978

3) Variante I B bei einem realen Wirtschaftswachstum von 2,5%
 Variante II B bei einem realen Wirtschaftswachstum von 3,5%
 Variante III B bei einem realen Wirtschaftswachstum von 4,5% } und einer Verringerung der jährlichen Arbeitszeit
 je Erwerbstätigen um -1,0%

Tabelle: 6
Arbeitnehmer (Beschäftigungsorkonzept) nach Bundesländern und Landesarbeitsamtbezirken
1970, 1976 bis 1978 (Jahresdurchschnitte)

Bundesländer Landesarbeitsamtsbezirke	Insgesamt				Arbeitnehmer ¹⁾ (in Tausend)				Ausländer			
	1970	1976	1977	1978	1970	1976	1977	1978	1970	1976	1977	1978
Schleswig-Holstein	744,2	732,5	736,2	744,2	720,5	702,5	707,4	715,8	23,7	30,0	28,8	28,4
Hamburg	863,8	809,0	806,4	811,1	817,3	749,5	747,6	752,5	46,5	59,5	58,8	58,6
Schleswig-Holstein/Hamburg	1607,9	1541,5	1542,6	1555,3	1537,8	1452,0	1455,0	1468,3	70,1	89,5	87,6	87,0
Niedersachsen	2363,2	2278,3	2285,2	2300,9	2259,1	2167,0	2177,2	2194,4	104,1	111,3	108,0	106,5
Bremen	338,9	329,1	329,8	330,9	327,1	308,7	310,3	312,0	11,8	20,4	19,5	18,9
Niedersachsen/Bremen	2702,1	2607,4	2614,9	2631,8	2586,2	2475,7	2487,4	2506,4	115,9	131,7	127,5	125,4
Nordrhein-Westfalen	6157,1	5803,0	5798,0	5827,6	5643,8	5250,3	5267,1	5306,0	513,3	552,7	530,9	521,6
Hessen	2059,8	1985,3	1995,8	2015,4	1849,3	1769,1	1784,1	1804,0	210,5	216,2	211,7	211,4
Rheinland-Pfalz	1140,6	1116,9	1119,2	1129,2	1083,3	1052,6	1056,3	1067,1	57,3	64,3	62,9	62,1
Saarland	389,8	369,5	368,1	368,8	369,0	345,2	345,3	346,5	20,8	24,3	22,8	22,3
Rheinland-Pfalz/Saarland	1530,4	1486,3	1487,3	1498,1	1452,4	1397,8	1401,5	1413,7	78,0	88,5	85,8	84,4
Baden-Württemberg	3541,5	3429,1	3449,0	3489,4	3063,2	2967,9	2996,5	3039,0	478,3	461,2	452,5	450,4
Nordbayern	1651,0	1608,8	1616,8	1634,1	1561,2	1513,9	1524,7	1543,2	89,8	94,9	92,1	90,9
Südbayern	2027,7	1990,2	2000,3	2021,6	1832,6	1782,7	1797,4	1818,7	195,1	207,5	202,9	202,9
Bayern	3678,8	3599,0	3617,1	3655,7	3393,8	3296,6	3322,1	3361,9	285,0	302,4	295,0	293,8
Berlin (West)	870,4	781,4	772,4	768,7	814,6	698,6	691,3	687,8	55,8	82,8	81,1	80,9
Bundesrepublik Deutschland	22148,0	21233,0	21277,0	21442,0	20341,0	19308,0	19405,0	19587,0	1807,0	1925,0	1872,0	1855,0

Relativzahlen

Schleswig-Holstein	3,4	3,5	3,5	3,5	3,5	3,6	3,7	3,7	1,3	1,6	1,5	1,5
Hamburg	3,9	3,8	3,8	3,8	4,0	3,9	3,9	3,8	2,6	3,1	3,1	3,2
Schleswig-Holstein/Hamburg	7,3	7,3	7,3	7,3	7,6	7,5	7,5	7,5	3,9	4,7	4,7	4,7
Niedersachsen	10,7	10,7	10,7	10,7	11,1	11,2	11,2	11,2	5,8	5,8	5,8	5,7
Bremen	1,5	1,6	1,6	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	0,7	1,1	1,0	1,0
Niedersachsen/Bremen	12,2	12,3	12,3	12,3	12,7	12,8	12,8	12,8	6,4	6,8	6,8	6,8
Nordrhein-Westfalen	27,8	27,3	27,3	27,2	27,8	27,2	27,1	27,1	28,4	28,7	28,4	28,1
Hessen	9,3	9,4	9,4	9,4	9,1	9,2	9,2	9,2	11,7	11,2	11,3	11,4
Rheinland-Pfalz	5,2	5,3	5,3	5,3	5,3	5,5	5,4	5,5	3,2	3,3	3,4	3,4
Saarland	1,8	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,2	1,3	1,2	1,2
Rheinland-Pfalz/Saarland	6,9	7,0	7,0	7,0	7,1	7,2	7,2	7,2	4,3	4,6	4,6	4,6
Baden-Württemberg	16,0	16,2	16,2	16,3	15,1	15,4	15,4	15,5	26,5	24,0	24,2	24,3
Nordbayern	7,5	7,6	7,6	7,6	7,7	7,8	7,9	7,9	5,0	4,9	4,9	4,9
Südbayern	9,2	9,4	9,4	9,4	9,0	9,2	9,3	9,3	10,8	10,8	10,8	10,9
Bayern	16,6	17,0	17,0	17,1	16,7	17,1	17,1	17,2	15,8	15,7	15,8	15,8
Berlin (West)	3,9	3,7	3,6	3,6	4,0	3,6	3,6	3,5	3,1	4,3	4,3	4,4
Bundesrepublik Deutschland	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Veränderungen gegenüber Vorjahr in %

Schleswig-Holstein	+1,4	.	+0,5	+1,1	+0,5	.	+0,7	+1,2	+40,3	-5,4	-4,0	-1,6
Hamburg	+1,1	.	-0,3	+0,6	-0,3	.	-0,3	+0,7	+32,8	-4,4	-1,2	-0,3
Schleswig-Holstein/Hamburg	+1,3	.	+0,1	+0,8	+0,1	.	+0,2	+0,9	+35,2	-4,8	-2,1	-0,7
Niedersachsen	+2,2	.	+0,3	+0,7	+1,0	.	+0,5	+0,8	+40,3	-6,1	-2,9	-1,4
Bremen	+1,7	.	+0,2	+0,3	+0,7	.	+0,5	+0,5	+40,7	-9,2	-4,6	-2,8
Niedersachsen/Bremen	+2,2	.	+0,3	+0,6	+0,9	.	+0,5	+0,8	+40,3	-6,6	-3,2	-1,6
Nordrhein-Westfalen	+2,0	.	-0,1	+0,5	+0,0	.	+0,3	+0,7	+30,5	-7,0	-3,9	-1,8
Hessen	+2,9	.	+0,5	+1,0	+0,4	.	+0,8	+1,1	+30,8	-5,9	-2,1	-0,1
Rheinland-Pfalz	+2,6	.	+0,2	+0,9	+1,3	.	+0,4	+1,0	+35,5	-7,4	-2,2	-1,2
Saarland	+3,4	.	-0,4	+0,2	+2,5	.	+0,0	+0,4	+22,7	-8,1	-5,8	-2,5
Rheinland-Pfalz/Saarland	+2,8	.	+0,1	+0,7	+1,6	.	+0,3	+0,9	+31,8	-7,6	-3,2	-1,6
Baden-Württemberg	+3,4	.	+0,6	+1,2	+0,4	.	+1,0	+1,4	+27,3	-7,5	-1,9	-0,5
Nordbayern	+1,8	.	+0,5	+1,1	+0,2	.	+0,7	+1,2	+41,5	-7,9	-3,0	-1,3
Südbayern	+3,0	.	+0,5	+1,1	+0,5	.	+0,8	+1,2	+35,3	-5,0	-2,2	±0,0
Bayern	+2,5	.	+0,5	+1,1	+0,3	.	+0,8	+1,2	+37,2	-5,9	-2,4	-0,4
Berlin (West)	+1,1	.	-1,2	-0,5	-1,5	.	-1,1	-0,5	+61,9	-4,2	-2,1	-0,2
Bundesrepublik Deutschland	+2,4	-0,5	+0,2	+0,8	+0,4	+0,2	+0,5	+0,9	+32,3	-6,6	-2,8	-0,9

1) BeitrAB 3,2 (für 1970 geringfügige Umrechnung vorgenommen); eigene Berechnungen auf Grund der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (Bundesanstalt für Arbeit) und des Mikrozensus

